DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 114. Samstag, 3. Dezember 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

WO IST DIE »VIERTE GEWALT«, DIE FREIE PRESSE? HIER! Dies ist die 114 . Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

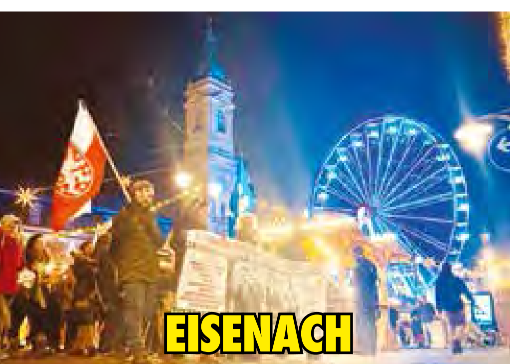
SPAZIEREN GEHEN!



Foto: Georgi Belickin

»Die einrichtungsbezogene Impfpflicht soll auslaufen, denn Impfungen würden nicht mehr vor einer Ansteckung schützen, so Gesundheitsminister Karl Lauterbach.«

Das sagte der Sender *MDR* nach zweieinhalb Jahren der Aufklärung durch die Demokratiebewegung und die vorliegende Wochenzeitung, die seit 17. April 2020 erscheint (Abo-Coupon Seite 16, Verteiler werden Seite 13). »Einen Fremdschutz gibt es schon lange nicht mehr. Warum wurde dennoch Druck auf Ungeimpfte ausgeübt? Das fragt sich *MDR*-Autorin Christiane Cichy«, heißt es beim *MDR* am 30. November 2022 weiter.







Fotos: t.me/Demos Deutschland

Seit 28. März 2020 entfaltete sich die Demokratiebewegung zur größten Erhebung in den Jahrhunderten der deutschen Geschichte – bundesweit mit den Hygienespaziergängen von »Nicht Ohne Uns«, der Berliner »Freedom Parade« (Freiheitsparade), der Bewegung Leipzig, den großen Querdenkern und vielen weiteren. Das Corona-Regime fällt, aber Kriegstreiberei und Spaltung der Gesellschaft sind nicht besiegt. Wird es der neuen Demokratiebewegung gelingen, unsere demokratische Erneuerung »von unten nach oben« durchzusetzen?

Fortsetzung auf Seite 7

LEBENDE LEGENDE

Er versammelte Millionen Demokraten in Berlin und brachte das überwachungsfreie »Freedom Phone«. Seit Juni 2022 hält das BRD-Terrorregime Michael Ballweg ohne Anklage in Stammheim fest. Mit jedem Tag wächst sein Mythos – und die Demokratiebewegung ist überall, montags und jeden Tag!

Seite 6

INHALT #DW114

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 114. Ausgabe ab Samstag, 3. Dezember 2022. | Redaktionsschluss war am 1. Dezember. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. med. Paul Brandenburg, Ullrich Mies, Dirk Sattelmaier, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp mit Professor Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE68 1001 0123 2493 3614 28. **BIC/SWIFT**: QNTODEB2XXX.



Evidenzbasierte Einsichten

Der Preis der Republik geht an Andreas Sönnichsen.
LAUDATIO von Dr. Walter Weber

Er ist einer unserer klügsten Köpfe. Andreas Sönnichsen ist Facharzt für Innere, sowie Facharzt für Allgemeinmedizin und war tätig an der Universität in Marburg, in Salzburg, in Witten-Herdecke und ist schließlich seit 2018 Professor für Allgemeinmedizin an der Medizinischen Universität Wien.

Er war 2017 bis 2019 stellvertretender Vorsitzender, dann Vorsitzender des Netzwerkes Evidenzbasierte Medizin (EbM-Netzwerk). Dieser Verband wurde 1998 von etlichen Medizinern, darunter erstaunlicherweise Karl Lauterbach, gegründet. Das Netzwerk hat etwa 1.000 Mitglieder aus allen Bereichen des Gesundheitswesens.

Es erhebt ausdrücklich die Forderung, dass bei einer medizinischen Behandlung patientenorientierte Entscheidungen nach Möglichkeit auf der Grundlage von empirisch nachgewiesener Wirksamkeit getroffen werden sollen. Das EbM-Netzwerk dient damit sowohl dem Patientenwohl wie der Wissenschaftlichkeit.

Kein Wunder, dass sich Andreas Sönnichsen seit Beginn der Corona-Krise kritisch zu den Maßnahmen zur Eindämmung der sogenannten Pandemie sowohl in Deutschland wie in Österreich geäußert hat. Er scheute sich auch nicht, gemeinsam mit 200 Ärzten in Österreich den Ärztekammer-Präsidenten Thomas Szekeres zum Rücktritt aufzufordern. Das hatte Folgen: Viele Ärzte wurden beurlaubt, gekündigt oder Verträge nicht verlängert. So auch bei Andreas Sönnichsen: Er wurde freigestellt. Seine Kündigung musste zwar zurückgenommen werden, aber zum Dezember 2022 läuft nun der Vertrag mit der Uni Wien aus. Das ist der Preis dafür, sich nicht dem *Mainstream* aus Opportunismus anzuschließen.

Andreas Sönnichsen ist privat ein angenehmer und zuverlässiger Zeitgenosse mit viel Gemeinsinn. Er ist seit vielen Jahren mit Mariangel aus Venezuela verheiratet, ebenfalls Medizinerin. Gemeinsam haben sie zwei Kinder. Sie werden jetzt mit den Eltern zu einem neuen Arbeitsplatz in Oxford ziehen. Hier soll untersucht werden, wie sich die Corona auf unsere Kinder ausgewirkt hat. Andreas, wir sind stolz auf dich!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN DR. MED ANDREAS SÖNNICHSEN. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron.

2.097 Zeichen

EINWURF *von Werner Köhne*

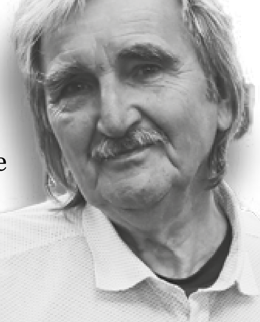
»Ein Zeichen setzen« – so lautet eine Redensart, durch die aktuell Haltung, Gesinnung, Überzeugung und auch der Wille zum Widerstand angezeigt werden soll.

Allerdings ergeben sich erhebliche Unterschiede in Hinblick auf Ort und Zielsetzung der damit verbundenen Aktion. Wenn etwa Menschen unter dem Drohschutz der Polizei auf einer Demonstration Fahnen und Transparente mit Schlagworten wie Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung versehen, ist das etwas anderes, als wenn eine Innenministerin – wie jüngst uns medial befriedeten Sesselbewohnern zugemutet wurde – in einem Fußballstadion im Wüstenstaat Katar ihren Arm entblößt, um sich durch eine Binde mit dem einschlägigen Zeichen »One love« der Weltöffentlichkeit anzudienen.

Während im ersten Fall der Ruf nach der Einlösung von Werten und politischen Forderungen unmittelbar aus dem Bauch der Straße erfolgt, fügt sich die Politikerin mit ihrer bunten Stola jener Symbolpolitik, die aktuell jede Agenda zu einem So-tun-als-ob herabwürdigt. Die Sprache vor allem unterstützt diese Entleerung von Sinn und Bedeutung noch. Das Wichtigste: Es muss gut rüberkommen.

Heute – wo man sich marktgerecht und moralisch »positioniert«, artgerecht »performt«, ethisch »committed« und nicht nur Zeichen, sondern im Vorhinein auch Krisen setzt – heute verfolgt man damit eine Absicherung der herrschenden Verhältnisse. Diese Strategie gelingt, wenn vor allem Gefühle und moralische Standards ineinander gemischt und jeweils ins Zentrum der staatlichen Legitimitätsbemühungen gestellt werden.

Das ist ja sowas von deutscher Gesinnungspolitik! Da ist dann auch egal, um welche Themen und Zielvorgaben es sich handelt. In der Werbung wusste man das schon lange – spätestens seit Franz Beckenbauer sich vor 45 Jahren für eine Suppe von Knorr ins Zeug legte: »Kraft in den Teller, Knorr auf den Tisch.« Das rockte! Es ist inzwischen eine Kultur der Zeichen entstanden, die in den Eingeweiden des »gesunden Menschenverstandes« entsteht, sich durch gut *getimte* Empörungswellen bewegt, um sich in Form moralischer Imperative unangreifbar zu machen.



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112

»CORONA TÖTET«

Wie recht sie mit ihrer Warnung doch hatten, die diversen Gegendemonstranten der Spaziergänge und Proteste.

Von Sophia-Maria Antonulas

Ob das Schild mit dem Spruch »Corona tötet« heute noch jemand von der selbsternannten »Antifa« hochhält? Falls ja, hat er oder sie wohl inzwischen die Seiten gewechselt. Denn an dem, was seit Anfang 2020 im Namen von »Corona« weltweit durchgezogen wird, sterben und starben tatsächlich Menschen. Ja, »Corona tötet«.

Die Gesellschaft ist »Corona« zum Opfer gefallen beziehungsweise das bisschen, was von ihr übrig war. Die Mehrheit hat wieder ganz offen gezeigt, zu welchen Gemeinheiten und Diskriminierungen sie willens und fähig ist. »Corona« hat den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zerstört.

Und es spielt auch keine Rolle mehr, wenn nun Wissenschaftler vorschlagen, alle Bürger Deutschlands zu impfen, weil das gegen die Spaltung der Gesellschaft helfe. Denn auch das Ansehen der Wissenschaft ist seit »Corona« tot.

DER VIRUS DES HASSES

Für die alteingesessenen Medien wurde »Corona« zum Virus des Hasses, den sie säten. Viele Medien können nur überleben, wenn sie weiterhin künstlich beatmet werden. Die Presse- und Meinungsfreiheit? Sie ist gemeinsam mit der unabhängigen kritischen Berichterstattung und der Demonstrationsfreiheit an »Corona« verstorben.

»Corona tötet« offensichtlich auch jedes Fünkchen kritischen Geist in vielen Künstlern und Intellektuellen. Übrig bleiben schale Theater- und Konzertaufführungen, irrelevante Ausstellungen und Lesungen, die bestenfalls Unterhaltung bieten – von Geimpften für Geimpfte. Wie lange es wohl braucht, bis sich eine kritische Haltung, außerhalb des Narratives, in der etablierten Kunst- und intellektuellen Szene durchsetzt? Wird sich der Meinungskorridor wieder erweitern oder so schmal werden, dass er völlig zusammenbricht?

SIE WOLLEN REDEN? SIE WOLLEN VERGEBUNG?

»Corona tötet«: die unbeschwerte Kindheit, das Vertrauen in den eigenen Körper, das Kindeswohl und die Kinderrechte; Jeder einzelne der Corona-Verantwortlichen sollte allein, ohne Berater und Assistenten, all den Eltern gegenübersitzen, die ihr Kind verloren haben oder deren Kinder unwiderrufliche psychische- und gesundheitliche Schäden aufgrund der Corona-Maßnahmen und der Impfkampagne erlitten haben. Diese Jugendlichen haben lebenslange Beeinträchtigungen und Defizite, im schlimmsten Fall sind sie tot – »Corona tötet«. Viele haben sich zu Zeiten der Ausgangssperren und Schulschließungen (*Lockdowns*) das Leben genommen. Die Corona-Politiker sollen sich anhören und ansehen müssen, welch unbeschreibliches Unheil sie durch ihr »Corona« den Familien angetan haben. In privaten Treffen, völlig ohne mediale Aufmerksamkeit, sollten die Verantwortlichen versuchen, von denen, die es am schwersten getroffen hat, persönlich Vergebung zu erlangen.

»Corona tötet«, auch weil in dessen Namen ein weltweites medizinisches Experiment durchgeführt wird, das den gröbsten Verstoß gegen den Nürnberger Kodex darstellt. In diesem heißt es unter Punkt 1: »Die freiwillige Zustimmung der Versuchsperson ist unbedingt erforderlich. Das heißt, dass die betreffende Person im juristischen Sinne fähig sein muss, ihre Einwilligung zu geben; dass sie in der Lage sein muss, unbeeinflusst durch Gewalt, Betrug, List, Druck, Vortäuschung oder irgendeine andere Form der Überredung oder des Zwanges, von ihrem Urteilsvermögen Gebrauch zu machen; dass sie das betreffende Gebiet in seinen Einzelheiten hinreichend kennen und verstehen muss, um eine verständige und informierte Entscheidung treffen zu können.«

WIEDERBELEBUNG STATT WACHKOMA

Kurz gesagt: »Corona« war der Todesstoß für alle etablierten Machtstrukturen, für Kirche und Staat, für die Verwaltung, das Bildungs- und Gesundheitssystem und die Exekutive. »Corona« hat ihnen den Rest gegeben. Und jetzt soll wieder alles unter den Teppich gekehrt werden? Ein weiteres nicht aufgearbeitetes Trauma?

Jetzt muss wirklich alles wiederbelebt werden. Und zwar durch all jene, die sich das schon lange geduldig ansehen. Jene, die erkennen, was los ist, die konstruktiv arbeiten, aber sich trotzdem nicht anbiedern wollen. Jede Gesellschaft braucht genau diejenigen, die trotz »Corona« ihr Herz und ihren Mut nicht verloren haben. Menschen, denen ihr Land wichtig ist, die Demokratie im Sinne der 68er-Generation verstehen, die Meinungsfreiheit nicht mit Kapitalismus gleichsetzen, die sich noch als Souverän und nicht als Objekt des Staates fühlen, die das globale Dorf seit der Einführung des Internets als Plattform zum Wissens- und Meinungsaustausch sehen und nicht als datensammelndes Überwachungsorgan in privater Hand – das wäre eine Zeitenwende und Wiederbelebung von unten.



Sophia-Maria Antonulas ist freie Journalistin in Stockholm und DW-Co-Herausgeberin.



Eine Mutter mit ihren beiden Kindern. So wie viele weitere demonstrierten auch sie gegen das unbeschreibliche Unrecht im Namen »Coronas«.
Foto: Georgi Belickin

MELDUNG

VIELE ZERSTÖRTE LEBEN SPÄTER: ETHIKRAT GIBT QUERDENKERN RECHT

Berlin/DW. Am 28. November veröffentlicht der Deutsche Ethikrat im Rahmen einer Bundespressekonferenz in Berlin ein Papier mit dem Titel »Pandemie und psychische Gesundheit. Aufmerksamkeit, Beistand und Unterstützung für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in und nach gesellschaftlichen Krisen«. Auf insgesamt fünf Seiten wird dieses Thema behandelt. Laut den Verfassern entsteht »der Eindruck, dass die Bedürfnisse der jungen Generation wenig Gehör finden«. Und weiter: » In Zukunft ist umso mehr darauf zu achten, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene nicht noch einmal derart einseitig in ihrer Lebensentfaltung beschränkt werden.« (sma)

GRIECHENLAND: IMPFZWANG FÜR MEDIZINISCHES PERSONAL VERFASSUNGSWIDRIG

Athen/DW. Wie das *Online*-Portal Newsbomb.gr berichtet, hob Griechenlands oberstes Verwaltungsgericht die Impfpflicht für das Gesundheitspersonal de facto auf. In dem Beitrag heißt es: »Die Verlängerung der Impfpflicht bis zum 31. Dezember 2022 für Ärzte, Krankenpfleger und weitere Beschäftigte in Gesundheitseinrichtungen wurde als verfassungswidrig erachtet.« Mitarbeiter von Krankenhäusern und sonstigen medizinischen Einrichtungen, die sich dem Impfzwang nicht unterworfen haben, sind seit dem 1. September 2021 ohne Lohnfortzahlung vom Dienst freigestellt. (sma)

DEUTSCHLAND: HOHE ZAHL AN KRANKENSTÄNDEN

Berlin/DW. Der Dachverband der Betriebskrankenkassen veröffentliche Ende November seine jüngsten Zahlen zu den Krankenständen in Deutschland. Demnach meldeten sich im Jahr 2022 in jedem Monat mehr Beschäftigte krank – in Prozent gemessen – als in den entsprechenden Monaten der beiden Vorjahre. (sma)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	2019	2020	2021	2022
Jan.	85.105	84.980	106.803	89.348
Feb.	81.009	80.030	82.191	82.698
Mär.	86.739	87.396	81.901	93.615
Apr.	77.410	83.830	81.877	86.058
Mai	75.669	75.835	80.876	81.614
Jun.	73.483	72.159	76.836	79.217
Jul.	76.926	73.795	76.704	85.529
Aug.	73.444	78.742	76.402	85.739
Sep.	71.022	74.243	77.931	80.013
Okt.	77.006	79.781	85.080	93.182
Nov.	78.378	85.989	93.915	
Dez.	83.329	108.792	103.171	
insgesamt	939.520	985.572	1.023.687	857.013

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Für Oktober 2022 wurde ein Anstieg von 19 Prozent der Sterbefälle im Vergleich der Vorjahre gemeldet. Der Grund: Die Injektionen.

Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

DIE EU-ACHSE DES BÖSEN

Brüssel/DW. Das Europaparlament erklärte die Russische Föderation am Mittwoch, den 23. November zu einem Schurken- und Terrorstaat. Laut Nachrichtenagentur Reuters argumentierten die Parlamentarier damit, dass russisches Militär Angriffe auf die zivile Infrastruktur führen und damit internationales Recht brechen würde. Die USA hat den Schritt, Russland in eine staatliche Verbrecherliste mit Nordkorea, Iran, Syrien und den Inselstaat Kuba aufzunehmen, bislang noch nicht unternommen. (hes)

KNAST, WEIL MAN IN ZUKUNFT VIELLEICHT ETWAS TUT?

München/DW. Präventivhaft für Unbequeme: Von Mittwoch bis Freitag tagte in München die halbjährliche Innenministerkonferenz der Bundesländer und der Bundesinnenministerin Nancy Fäser (SPD). Dabei wurde unter anderem besprochen, ob und wie bundesweit die Internet- und Kommunikationsdaten aller Bundesbürger gespeichert werden können (Vorratsdatenspeicherung), wie das Waffengesetz für Oppositionelle verschärft werden kann und ob Demonstranten vorsorglich für bis zu 60 Tage ins Gefängnis gesteckt werden können. Diese Praxis wird in Bayern bereits bei Demonstranten der sogenannten letzten Generation angewendet. Auch Menschen der Demokratiebewegung erhielten und erhalten bei Demonstrationen im Vorfeld Besuch von der Staatsmacht, die ihnen Demonstrationsverbote aussprach und Verbote, gewisse Stadtbereiche zu betreten, überreichte. Die Ausweitung der Präventivhaft würde, so Kritiker, das Demonstrationsrecht aushebeln. (hes)

Demokratische Betriebsblindheit

KOMMENTAR von Gordon Pankalla

Mit Blick auf China will Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sein Herz für die demokratischen Rechte der Menschen wiedergefunden haben, als es jedoch um die Corona-Maßnahmen im eigenen Land ging, hörten wir von ihm ganz andere Töne.

Die Betriebsblindheit unser Politiker zieht sich durch die Reihen aller politischen Parteien. Da stinkt nicht nur der Kopf, sondern der gesamte Fisch. Dabei wäre es doch so einfach, sich auf das zu konzentrieren, was die Väter des Grundgesetzes schon vor Jahren zu Papier gebracht haben: Artikel 20 Grundgesetz. Hier steht alles drin, was alle politischen Parteien im Sinne einer wirklichen wehrhaften Demokratie verteidigen sollten. Demokratie-Prinzip, Bundesstaat-Prinzip, Rechtsstaat-Prinzip und Sozialstaatlichkeit. Dies sind die grundlegenden Prinzipien der Bundesrepublik Deutschland, deren Einhalt alle verpflichtet sind – von rechts oder links ist hier nichts zu lesen.

Damit kommen wir zum Punkt: Es geht um die Einhaltung der Verfassung und alle Parteien haben sich in den vergangenen Jahren an der Einhaltung dieser Prinzipien versündigt, vor allem aber in der »Corona-Krise«, als vor allem Gewaltenteilung und Meinungsfreiheit, als Ausfluss dieser Staatsprinzipien mit Füßen getreten wurden. Die Alt-Kanzlerin, die selbst auch mehrfach gegen die Verfassung verstieß – Stichwort Eigentumsrechte und illegale Einwanderung – hatte dies schon erkannt, als sie sagte: Die Pandemie ist eine Zumutung für die Demokratie. In der Sache richtig, in der Umsetzung kläglich. Mit ihrer populistischen Politik schaffte es Merkel, den bürgerlichen Kern der CDU auszuhöhlen, um sich die Macht zu sichern. Verfassungsprinzipien blieben dabei auf der Strecke.

Zudem hat Angela Merkel die politische Balance im Sinne des »Overtin-Fensters« zwischen rechts und links aus dem Gleichgewicht gebracht, dadurch gelten inzwischen alle bürgerlichen, konservativen Positionen als rechtsextrem. Dabei spielen sich die Parteien, die sich inzwischen ständig selbst als »demokratische Parteien« bezeichnen »müssen« als angebliche Hüter der Demokratie auf, um von den Medienmachern nicht abgesägt zu werden – sie sind Getriebene, wie Robin Alexander in seinem Buch unlängst feststellte.

IN CHINA HUI IN DEUTSCHLAND PFUI

Diese Politik hat sich inzwischen derartig in eine Sackgasse gefahren, dass es mit rechtsstaatlichen Mittel kaum noch möglich ist, einfach so weiterzumachen, jedenfalls dann, wenn man nicht das Vertrauen der Bürger und damit die Macht verlieren will. Wenn Steinmeier die Gefahren im fernen China bemerkt, dann deshalb, weil er hier einen neutralen Blick hat, diesen hat er aber für die eigene Gesellschaft verloren. Und er hat ihn auch nicht nur deshalb verloren, weil er auf dem linken Auge blind wäre, er hat ihn, genau wie Merkel, deshalb verloren, weil seine parteipolitischen Ziele über denen der Verfassung stehen – und dies als Bundespräsident.

Vielleicht sollte er an die Worte seines Vorgängers Gauck denken, der sagte: »Unser Herz ist groß, aber unsere Möglichkeiten beschränkt.« Wer weiterhin eine Politik der offenen Grenzen betreibt, wer nicht in der Lage ist, mit Steuergeld umzugehen, dem werfe ich vor, dass er das Sozialstaat-Prinzip des Art. 20 GG missachtet.



Standhaft bei der Schilderdemo in Berlin-Steglitz. Foto: Antonulas

Schuld an der aktuellen Lage sind keine angeblichen Nazis, schuld sind diese Politiker, die das Grundgesetz nicht einhalten und alle als Nazis beschimpfen, die deren verfassungsfeindliche Politik die Stirn bieten wollen. Da die Rundfunkanstalten ausgefallen sind, bleibt nur die Straße, aber auch von dort verbietet sich Steinmeier einen demokratischen Widerstand – wir sind ja schließlich nicht in China. In Wirklichkeit lenkt man durch dieses *Framing* nur von der eigenen verfassungsfeindlichen Politik ab.

Als die Antifa damals die Straßenproteste der Sozialdemokraten vor den Schlagertruppen der SA schützte, gingen sie für die Demokratie auf die Straße. Heute gehen maskierte Menschen in Schwarz unter diesem ehrwürdigen Label auf die Straße, um demokratische Proteste zu verhindern und nennen sich unfassbarer Weise selbst »Antifa«.

GEORG KELLERMANN IST EIN TRANSVESTIT

KOMMENTAR von Paul Brandenburg

Erst durch diesen Umstand ist er nach gefühlten hundert Dienstjahren als Aktivist des Staatsfunks ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gedrungen. Bemerkenswert ist das, weil nichts daran bemerkenswert ist. Ob ein Mann Frauenkleider bevorzugt, taugte lange Jahre und zu Recht nicht als Schlagzeile. Geändert hat sich das erst durch die Geiselnahme unserer Sprache. Dadurch soll aus dem Transvestiten Georg K. eine *Frau* werden.

Wenn die Partei es sagt, dann macht zwei plus zwei fünf. In George Orwells *1984* foltert Parteifunktionär O'Brien den Protagonisten Winston Smith so lange, bis er diese Lüge bejaht. Orwell verstand, was Goebbels praktizierte: Sprache, nicht Tatsachen, bestimmt das Denken. Tatsachen werden in ihr Gegenteil verkehrt, wenn die Worte ins Gegenteil verkehrt werden, mit denen diese Tatsachen beschrieben werden. Die Begriffe Mann und Frau beschreiben eine biologische Dichotomie, einen Umstand der Natur oder des Zufalls, der bei fast 100 Prozent der Neugeborenen eindeutig ist. Die sogenannte *Gender*-Lehre bemüht sich, diese Definition durch Schaffung einer *alternativen Realität* umzukehren. Im Range über dem (biologischen) Geschlecht existiere in dieser anderen Wirklichkeit ein *soziales Geschlecht*, das frei gewählt werden könne. Jegliche soziale *Geschlechterwahl* ersetze dabei die tatsächliche.

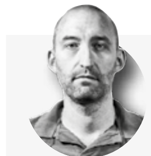
EIN MANN BLEIBT EIN MANN

Dieses Postulat ist offenkundig absurd. Ein Mann in Frauenkleidern bleibt ein Mann. Um die Akzeptanz der *alternativen Realität* durchzusetzen, bedarf es, wie bei *1984*. darum der Folter. Anstelle der physischen besteht sie heute – noch – in psychologischer, in gesellschaftlicher Ächtung. Der Mechanismus dieser Ächtung ist immer derselbe. Wer die »alternative Realität« ablehnt, der wende sich gegen das moralisch Wertvolle. Im Fall des Transvestiten Georg K. bestehe dieses Wertvolle im Engagement gegen die Ausgrenzung von Minderheiten. Wer es eine Lüge nennt, dass Georg K. eine Frau sei, der sei des Versuches seiner »Vernichtung« schuldig. Ganz unfraglich ist der Schutz von Minderheiten vor Schikanierungen jeder Art wertvoll. Die Ausgrenzung, die Beleidigung, die Verhöhnung, die Herabsetzung von Transvestiten wie aller anderen Normabweichler entlarvt immer wieder die Lüge unseres vermeintlichen Fortschritts. Statt sich dieser Lüge zu stellen, drückt *Wokoharam* sich um sie herum, indem sie ihr eine aufdrückt. Alle Wissenschaft beruht auf Diskriminierung (Unterscheidung) von Dingen.

TÄUSCHUNG DURCH FIESE TASCHENSPIELERTRICKS

Diesen Kern des Fortschritts diffamieren die *Wokeness*-Aktivisten durch eine Umdeutung des Begriffes, sie wollen aus der Unterscheidung eine »Unterdrückung« machen. Ihr vorgebliches Ziel eines Engagements gegen Ausgrenzung ist dabei von solcher Strahlkraft, dass seine Erwähnung geeignet ist, den Unkonzentrierten von der logischen Untauglichkeit des Arguments abzulenken. Eine Minderheit kann nicht als solche geschützt werden, indem sie durch Umetikettierung scheinbar in der Mehrheit unsichtbar wird. Es bleibt ein Taschenspielertrick, ein Versuch der Problemvermeidung durch Verleugnung. Wer Transvestiten zu Frauen umetikettieren sucht, verleugnet damit nicht nur Frauen, sondern gleichermaßen das Wesen der vermeintlich Geschützten. »Aber!«, schreit da *Wokoharam*. »Weil die Sprache eben das Bewusstsein bestimmt, muss dieser Taschenspielertrick im Interesse des Guten sein.« Der Zweck heilige die Mittel. Und spätestens mit diesem Eingeständnis wird die Lüge offenbar. Anders als die Partei in Orwells *1984* behauptet, ist Krieg nicht Frieden, Wahrheit nicht Lüge und Freiheit ist nicht Sklaverei. Wer Transvestiten zur *Frau* erklärt, erklärte notwendigerweise zuvor schon Schulden zu *Sondervermögen*, saisonale Erkältungskrankheiten zu *Pandemien*, experimentelle Pharmaka zu *Impfstoffen*, Propaganda zu *Journalismus*, Männlichkeit zu *Frauenfeindlichkeit* und die gescheiterte Grundschulkarriere Annalena Baerbocks zu *Bildung*. Daraus folgt:

Bevor wir unsere Sprache nicht befreien, werden wir auch unser Leben nicht von den Lügen der Parteienkorruption befreien. Ihre Herrschaft über unsere Worte ist ihre Herrschaft über unseren Alltag. Ich beglückwünsche den Transvestiten Georg Kellermann zu seiner Entscheidung, aller Welt zu zeigen, wer er ist. Ich wünsche ihm die Einsicht, dass seine Freiheit erst mit Aufgabe der Lebenslüge beginnt, mit der er seine bisherige ersetzt hat.


Dr. Paul Brandenburg ist Journalist, Arzt und Publizist in Berlin. Er betreibt die Seite *PaulBrandenburg.com*.

Werdet doch endlich wieder normal!

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick.

Unerträgliche Doppelzüngigkeit ist *woke*. Dabei tritt nichts Neues zu Tage, denn die Mechanismen totalitärer Systeme sind gelernt, erprobt und ohne jegliche Tiefe. Passend beschrieb Hannah Arendt die »Banalität des Bösen«. Das Böse sei nur ein Oberflächenphänomen, lediglich »extrem« und ohne jede Tiefe. Es könne »die ganze Welt überwuchern«, weil es sich »wie ein Pilz auf der Oberfläche« ausbreite.

Die polit-mediale Kaste in Deutschland schaut derzeit nach China. Dort stehen Tausende auf, um gegen die Zero-Covid-Politik und menschenverachtende Dauer-*Lockdowns* zu demonstrieren. Der Tenor der Berichterstattung sowie auch die Bewertung unserer Politiker sind orchestriert und erstaunlich positiv. So schwadroniert unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier: »Als Demokrat kann ich nur sagen, die Freiheit der Meinungsäußerung ist ein wichtiges Gut. Und ich kann das, was wir sehen, nur mit der Hoffnung verbinden, dass die staatlichen Behörden in China dieses Recht der freien Meinungsäußerung, des Demonstrationsrecht achten. Und natürlich hoffe ich, dass die Demonstrationen friedlich bleiben.«

Dass eben jener gegen Oppositionelle hetzte und ausgrenzte, noch im Frühjahr Demonstrationen gegen die Corona-Politik im eigenen Land schwer verurteilte, davon sprach, dass der Spaziergang seine Unschuld verloren hätte (nach wie vor ein Brüller!), scheint er vergessen zu haben. Und das, obwohl der ehemalige UN-Menschenrechtsexperte, Nils Melzer, Deutschland ein Systemversagen diagnostizierte. Berichte über Polizeigewalt bei Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen hatten Melzer bereits 2021 aufgeschreckt. Die Bundesregierung habe »bedenklich« darauf reagiert. Doch all das haben auch die Altmedien und ihre Schreibvasallen vergessen. Sie scholzen! Ein paar von ihnen scheinen allerdings ernsthafte Wahrnehmungsprobleme zu haben, sonst wären Äußerungen wie die von Olaf Stamp, Wirtschaftsredakteur beim *Spiegel*, unmöglich. Er schrieb auf Twitter: »Wer den deutschen *Lockdown light* (als es noch keinen Impfstoff gab) mit den heutigen chinesischen Zwangsmaßnahmen vergleicht, ist dumm, demagogisch oder beides.« Dazu kann ich nur sagen: Wer den deutschen *Lockdown* bagatellisiert, ist selbst schwer gestört, totalitär oder beides.

ETHIKRAT OHNE ETHIK IM RAT

Eine zärtliche Corona-Aufarbeitung klingt in den Massenmedien an und ruft die Untoten wieder auf den Plan. Nach einer kleinen medialen Pause zeigte sich Ethikrat-Vorsitzende Alena Buyx erneut von ihrer schönsten Seite: Sie strahlte im Interview wie eine rosa Blüte aus Stahl, murrte wie ein marmornes Macaron. Und statt sich ernsthaft für all die menschenverachtenden Äußerungen zu entschuldigen, Buße zu tun und sich aus diesem elenden Ethikrat, der jämmerlich in der inszenierten Corona-Krise versagte, zu verabschieden, um in Nordkorea Reis zu tragen, bläst sie immer noch erhaben das hohe Lied der moralischen Überlegenheit. Nur so viel. Die Dame war von 2019 bis 2021 Mitglied der Weltgesundheitsorganisation (WHO) »Expert Advisory Committee on Developing Global Standards for Governance and Oversight of Human Genome Editing« – zu Deutsch: Sie ist gut ausgebildet, um die kranken Ideen der gekaperten Weltgesundheitsorganisation im Deckmantel des Guten in die Welt zu tragen.

SHITHOLE GÖRMONEY

Und zu guter Letzt will die linksextreme Ampel-Regierung den Fachkräftemangel in Deutschland mit noch mehr Zuwanderung beheben. Ja, Sie lesen richtig. Es ist immer dieselbe wahnsinnige Strategie, wie bei Corona: Masken, *Lockdowns* und Impfungen helfen nicht – also mehr davon. Wir haben längst die Millionen-Grenze an Zuwanderung geknackt, bis November schon mehr aufgenommen als im Jahr 2015, als uns Rabenmutti-Merkel richtig linkte. Merkt hier noch einer was? Es kommen keine Menschen zu uns, um im Niedriglohn-Sektor zu arbeiten. Es gibt ab Januar Bürgergeld für jeden, auch für die, die nicht in die Solidarkassen einzahlten. Hier wandern Menschen ins Sozialsystem ein, um da zu bleiben. Dass das in der Masse nicht funktioniert, erleben wir, lesen wir in Polizeiberichten, Gewaltstatistiken. Wir brauchen Fachkräfte – ja. Aber welcher gut ausgebildete Mensch, der überall auf der Welt arbeiten könnte, kommt ins *Shithole Görmoney*? – Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.



»AMI GO HOME!« Rund 7.000 Menschen demonstrierten am vergangenen Samstag, den 26. November, in Leipzig vor dem US-Konsulat. Forderungen der Demonstranten waren der Abzug des US-Militärs aus Deutschland und die Wiederaufnahme von Wirtschaftsbeziehungen zu Russland. Eingeladen hatten sächsische Initiativen und das Compact-Magazin um Jürgen Elsässer. Bei der Demonstration wurden nach Polizeiangaben 1.500 Einsatzkräfte eingesetzt. Gegendemonstranten errichteten brennende Barrikaden, um so ein Zeichen für die US-Regierung zu setzen. Jürgen Elsässer wertete den Tag als Erfolg. Es sei das erste Mal gewesen, dass klar und deutlich auf einer Demonstration der vollständige Abzug der US-Truppen gefordert wurde. (hes)



Sehr geehrter Nikolaus Blome!

OFFENER BRIEF |KOLUMNE ***Dirk Sattelmaier***

Am 7. Dezember 2022 jährt sich eine historische Äußerung von Ihnen zu den sogenannten »Ungeimpften« zum zweiten Mal. Ich erinnere an Ihre Kolumne im *Spiegel* in der Sie an jenem 7. Dezember 2020 unter anderem folgendes zum Besten gegeben haben:

»Ich hingegen möchte an dieser Stelle ausdrücklich um gesellschaftliche Nachteile für all jene ersuchen, die freiwillig auf eine Impfung verzichten. Möge die gesamte Republik mit dem Finger auf sie zeigen.«

Ihre Äußerung war der Startschuss zu einer (medialen wie gesellschaftspolitischen) Hetz- und Diffamierungskampagne, wie es sie in der Geschichte der BRD noch nicht gegeben hat. Ihre Äußerung hat es sogar auf den Titel eines aktuellen *Spiegel-Bestsellers* geschafft, der genau derartige anschließenden Hetz- und Diffamierungsäußerungen zahlreicher Journalisten, Wissenschaftler, Lobbyvertreter und Politiker gegenüber den sogenannten »Impfunwilligen« aufgreift, damit dies nicht in Vergessenheit gerät. Eine von einem Kollegen erstattete Strafanzeigen wegen des Verdachtes der Volksverhetzung (Paragraph 130 Strafgesetzbuch) wurde von der Staatsanwaltschaft mit dem Argument, es habe seinerzeit mangels Impfstoffen noch keine »Ungeimpften« gegeben.

Zur Erinnerung: All diejenigen, die dem immensen gesellschaftlichen und politischen Druck, sich impfen zu lassen, nicht nachgegeben haben, nahmen lediglich ihr Recht aus Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz wahr. Und dieses Recht steht aus guten historischen Gründen am Anfang unserer Verfassung, da es sich um ein individuelles Abwehrrecht des Bürgers gegenüber dem Staat handelt. Dieses Recht haben Sie mit Ihren Äußerungen mit Füßen getreten. Schlimmer noch: Ihre Aufforderung, die Republik möge mit dem Finger auf diese Menschen zeigen, war und ist nach wie vor geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören. Hätten Sie dieses Zitat einige Monate später nach Beginn der Impfungen veröffentlicht, hätte die Staatsanwaltschaft das Strafverfahren gegen Sie nicht so einfach einstellen können.

Mittlerweile hat sich unter anderem herausgestellt, dass die Impfungen keinen Fremdschutz bieten, weshalb auch die immer noch bestehende einrichtungsbezogene Impfpflicht nicht mehr zu halten ist. Die seinerzeit von Ihnen geforderte allgemeine Impflicht wurde erst gar nicht eingeführt. Sogar das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass Impfnebenwirkungen bis hin zum Tode auftreten können. Gerade vor diesem Hintergrund gewinnt das Grundrecht des Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG seine besondere Bedeutung als individuelles Abwehrrecht.

Sie, sehr geehrter Herr Blome, haben sich mit Ihren damaligen Äußerungen schlichtweg verirrt. Ihre persönlichen Beweggründe sind mir nicht bekannt. Dennoch sollten Sie einmal tief in sich gehen und Ihr unrühmliches Zitat nunmehr überdenken. Am Ende dieses Prozesses kann es eigentlich nur eine Erkenntnis für Sie geben. Deshalb meine Forderung an Sie:

Nehmen Sie endlich Ihre Äußerungen vom 7. Dezember 2020 zurück und entschuldigen Sie sich. Bitten Sie – ähnlich wie Ihr Kollege Hans-Ulrich Jörges – all die Millionen Menschen, die sich nicht haben impfen lassen, um Verzeihung. Das sind Sie diesen Menschen schuldig.

MELDUNG

DER PREIS FÜR DEN BÜCKLING

Berlin/DW. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck feiert den Gasvertrag mit der absoluten Monarchie Katar als großen Erfolg. 15 Jahre lang ist nun Deutschland abhängig von dem Kleinstaat im persischen Golf. Katar werden schwere Menschenrechtsverbrechen, die Ausgrenzung von Frauen, die Diskriminierung von Homosexuellen und seine undemokratische Staatsform vorgeworfen, dieselben Vorwürfe, die man der russischen Föderation macht. »15 Jahre ist super!«, so Habeck bei einer Industriekonferenz am 29. November in Berlin. (hes)

WOHER KOMMT DAS GELD VON SPAHNS MILLIONENVILLA?

Berlin/DW. Noch immer rätseln deutschsprachige Medien, woher der ehemalige Bundesgesundheitsminister das Geld für seine Millionenvilla in Berlin-Dahlem hat (#DW 18, vom 5. September 2020). Laut Berichten des Nachrichtenmagazins *Spiegel* ist noch immer unklar, woher zwei Millionen Euro für die insgesamt 3,6 Millionen Euro teure Immobilie stammen. Jens Spahn hatte Medien, die über den Kauf berichteten, mit Klagen überzogen, unter anderem diese Zeitung. (hes)

NATO-BIGTECH GEGEN REICHSTEN MANN DER WELT

Silicon Valley/DW. Der Computerhersteller Apple droht dem Unternehmer Elon Musk, dessen kürzlich erworbene Kommunikationsplattform Twitter nicht mehr verkaufen zu wollen. Dies gab Musk am Montag, 28. November, über eine Kurzmitteilung bekannt. Dem Computerhersteller mit Fabriken in China wirft Musk vor, nicht genügend Zensur auf seiner Plattform durchzuführen. Seitdem Musk sich für eine international kontrollierte demokratische Volksabstimmung in Donjetsk und Lugansk zum Verbleib in der Ukraine oder zum Wechsel in die Russische Föderation ausgesprochen hatte, wird er als Gefahr für die Nato gesehen. »Der gefährlichste Unternehmer der Welt« titelte das *Manager-Magazin*. (hes)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

Achtzehnte Woche der Medienmahnwachen LeuchtturmARD.de, im Folgenden druckt DW die Top-30-Standorte ab:

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
AUGSBURG: Montag ab 17 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
BADEN-BADEN: Donnerstag ab 13 • Badener Tagblatt • Wilhelmstr./Langestr.
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
CHEMNITZ: Montag 18.30 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
COBURG: Montag 18.30 • Neue Presse • Steinweg 51
DORNBIRN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
ERFURT: Donnerstag ab 16 • MDR Studio • Gothastr. 36
ESSEN: Donnerstag ab 12 • WDR Landesstudio • Vereinsstr. 11
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
FREIBURG: Montag ab 16 • Badische Zeitung • Lörracher Str. 3
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
KEMPTEN: Donnerstag 17.40 • BR Rundfunk • Siegmund Ullmann Platz
KIEL: Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KÖLN: Mittwoch 13-18 • Öff. Rundfunkrat • Obenmarspforten 40
KÖLN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LANDAU: Donnerstag ab 15 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12
LÜBECK: Donnerstag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAINZ: Donnerstag ab 16 • ZDF Studio • ZDF-Str. 1
MÜNCHEN: Donnerstag ab 18 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
NÜRNBERG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Wallensteinstr.
OSNABRÜCK: Mittwoch ab 16 • NOZ • Breiter Gang
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
RAVENSBURG: Donnerstag ab 17 • Schwäbisch MediaKarlstr. 16
ROSENHEIM: Mittwoch ab 19 • OVB Heimatzeitung • Hafnerstr. 5-13
SAARBRÜCKEN: Mittwoch ab 17 • SR Saarland • Gustav-Regler-Platz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Am Bahnhof 9
WIESBADEN: Donnerstag 15.30 • Wiesb. Kurier • Langgasse 21
WÜRZBURG: Donnerstag 15.30 • BR Studio • Domplatz

IMMER MONTAGS!

ALLMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – AU IN DER HALLERTAU, 18 Uhr Rathaus – BACKNANG, 18:30 Uhr, Obstmarkt – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BERLIN-PANKOW, 17:45 Uhr, Gethsemanekirche – CASTROP RAUXEL, 18:30 Uhr, am Reiterbrunnen – DETTENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus – DINGOLFING, 18 Uhr, bei Expert auf dem Parklatz – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EGGENFELDEN, 18 Uhr, am Stadtplatz – ELMSHORN, 18:30 Uhr, am Rathaus – FREUDENSTADT, 18 Uhr, Stadtkirche – FRICKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GADEBUSCH, 18 Uhr, am Markt – GAILDORF, 18:30 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HAIGERLOCH, 18 Uhr, am Rathaus – HARSEWINKEL, 18 Uhr, am Rathaus – ILLERTISSEN, 18 Uhr, am Rathaus – JAGSTHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – KAHL AM MAIN, 18 Uhr, am Rathaus – KARLSFELD, 18 Uhr, am Rathaus – KÖNIGSWINTER, 18 Uhr, am Rathaus – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – LAUCHHAMMER, 18 Uhr, am Dietrich-Heßmer-Platz – MARIENBERG, 19 Uhr, am Markt – METZINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – MEUSELWITZ, 18 Uhr, am Markt – NECKARTAILFINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – OBERAMMERGAU, 19 Uhr, am Rathaus – PINNEBERG, 18:30 Uhr, am Rathaus – RITTERHUDE, 18 Uhr, am Rathaus – SAULGRUB, 18 Uhr, Rathaus – Zeven, 18 Uhr, Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Termin	Ort	Art
Sa, 3.12.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 3.12.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 3.12.2022 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 3.12.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 3.12.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 3.12.2022-2.2.2023 Rund um die Uhr	Berlin, im Domgarten/Museumsinsel/Friedrichsbrücke	Friedenscamp
Sa, 3.12.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 3.12.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 3.12.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 3.12.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 3.12.2022 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 4.12.2022 14-17 Uhr	Baden-Baden, Augustaplatz	Demoaufzug
So, 4.12.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 4.12.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 5.12.2022 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-21 Uhr	Bad Meinbach, Brunnnentempel	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Gethsemanekirche	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 5.12.2022 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 5.12.2022 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 5.12.2022 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20:30 Uhr	Dreieich, Bürgerpark	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 5.12.2022 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20:30 Uhr	Erzhausen, Hessenplatz	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Am Römer	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 5.12.2022 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 5.12.2022 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 5.12.2022 17:30-20 Uhr	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 5.12.2022 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 5.12.2022 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Siegen, Jakob- Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 5.12.2022 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 5.12.2022 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 5.12.2022 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 5.12.2022 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 5.12.2022 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 6.12.2022 16:30-18:00 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz der Schlossstraße	Schilderaktion
Di, 6.12.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 6.12.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 6.12.2022 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 6.12.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 6.12.2022 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 7.12.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 7.12.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 7.12.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 7.12.2022 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 7.12.2022 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 7.12.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 7.12.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 7.12.2022 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 7.12.2022 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 8.12.2022 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 8.12.2022 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 8.12.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 8.12.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 8.12.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 8.12.2022 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 8.12.2022 18-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 9.12.2022 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 10.12.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 10.12.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 10.12.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 10.12.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 10.12.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 10.12.2022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 10.12.2022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 10.12.2022 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
So, 11.12.2022 14-19 Uhr	Essen, Kopstadtplatz	Demoaufzug
Sa, 17.12.22 13-20 Uhr	Berlin, Brandenburger Tor	GROßDEMO
Sa, 31.12.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



NIEMALS VERGESSEN

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Am 2. November titelte der *Spiegel*: »Folgenschwere Coronamaßnahmen: Lauterbach hält Kitaschließungen rückblickend für falsch«.

Am 21. November verkündete der Ministerpräsident des Bundeslandes Sachsen, Michael Kretschmer, dass die Kita- und Schulschließungen und die Bundesnotbremse nicht notwendig waren. Er verweist darauf, dass »in dieser Zeit sehr viele Ungerechtigkeiten passiert sind«. Wir sollen aber jetzt versuchen nach »vorne zu leben«. Am 22. November veröffentlichte das Bundesverwaltungsgericht eine Pressemitteilung. Die Überschrift lautete: »Ausgangsbeschränkung nach der Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung in der Fassung vom 31.3.2020 war unverhältnismäßig.« Ein kurzer Auszug aus der Mitteilung: »Die Regelungen der Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung vom 27.3.2020 in der Fassung der Änderungsverordnung vom 31.3.2020 (BayIfSMV) über das Verlassen der eigenen Wohnung waren mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht vereinbar. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig heute entschieden.« Das sind nur ein paar Beispiele.

Unsere Kritik an der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen wird immer öfter bestätigt. Und ja, das hätte man zum damaligen Zeitpunkt bereits wissen können. Wir wussten es und konnten jederzeit unsere Aussagen mit validen Daten belegen. Auch haben wir mehrfach Dienstvorgesetzte informiert. Kretschmer meinte am 21. November auch, dass wir jetzt ja über die gemachten Fehler reden könnten. Wir hätten gerne seit März 2020 mit Dienstvorgesetzten und politisch Verantwortlichen über unsere Sorgen und Kritik gesprochen. Aber wir wurden ausgegrenzt, teilweise wurden Disziplinarverfahren eingeleitet, die Führung der Dienstgeschäfte wurde verboten, die Bezüge wurden gekürzt, Verfahren vor den Verwaltungsgerichten eröffnet und so weiter.

Wenn sich bei uns allen öffentlich entschuldigt, wir alle rehabilitiert und die wirtschaftlichen Schäden kompensiert wurden, des Weiteren die Verantwortlichen sich einem rechtsstaatlichen Verfahren gestellt, wir die vergangenen Jahre gesellschaftlich aufgearbeitet und neue Schutzmechanismen implementiert haben, dann, und nur dann, können wir vielleicht wieder »nach vorne leben«, ohne dabei die nicht wiedergutzumachenden psychischen Schäden, die missbrauchten Kinder, die Suizide, die allein sterbenden Alten und die zerstörten Existenzen und Leben zu vergessen. Vergessen werden wir die Zeit ab März 2020 in Deutschland niemals.

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: *echte-polizisten.de*

SPAZIEREN GEHEN | Fortsetzung vom Titel | Von Anselm Lenz

Warum rudert das Corona-Regime zurück? Und warum gehen wir weiter voran?

Sie haben mitgemacht beim schrecklichsten Terrorregime seit 1945. Wir, die wir als »Ungeimpfte«, als »Parasiten«, als »Covidioten«, als »Gefährder«, als »Terroristen«, als »Nazis« gar verleumdet wurden, die wir segregiert und angegriffen, geschlagen, terrorisiert und hinter Masken gesteckt wurden, die wir mit allen Mitteln einer strukturell-antisemitischen Diktatur geschändet werden sollten, wir sind noch immer da. Und wir werden nicht weichen, nicht vergessen und nicht ohne weiteres vergeben.

»Wir werden einander viel verzeihen müssen«, ist der Titel einer Buchneuerscheinung des früheren Gesundheitsministers Jens Spahn (CDU), dem nominell Hauptverantwortlichen für das Corona-Terrorregime der Jahre 2020 und 2021. Der gelernte Immobilienhändler und zwischenzeitliche Pharmalobbyist schreibt darin: »Als wir beim Rundgang in das Lagezentrum kamen, blickte ich auf die Bildschirme an der Wand und war fasziniert: In Echtzeit wurde mittels einer Software das Infektionsgeschehen im Land gescannt. Vereinfacht dargestellt, filterte diese Software aus den sozialen Medien wie Twitter, Instagram oder Facebook heraus, wann und wo sich wie viele Menschen über Masern, Grippe, Polio oder andere Krankheiten austauschten, wo über welche Symptome kommuniziert oder Infektionen gemeldet wurden. Und alle diese Informationen wurden zusammengeführt und grafisch auf den Monitoren dargestellt, sodass zu jeder Zeit ein Bild über das Infektionsgeschehen im Land abrufbar war.«



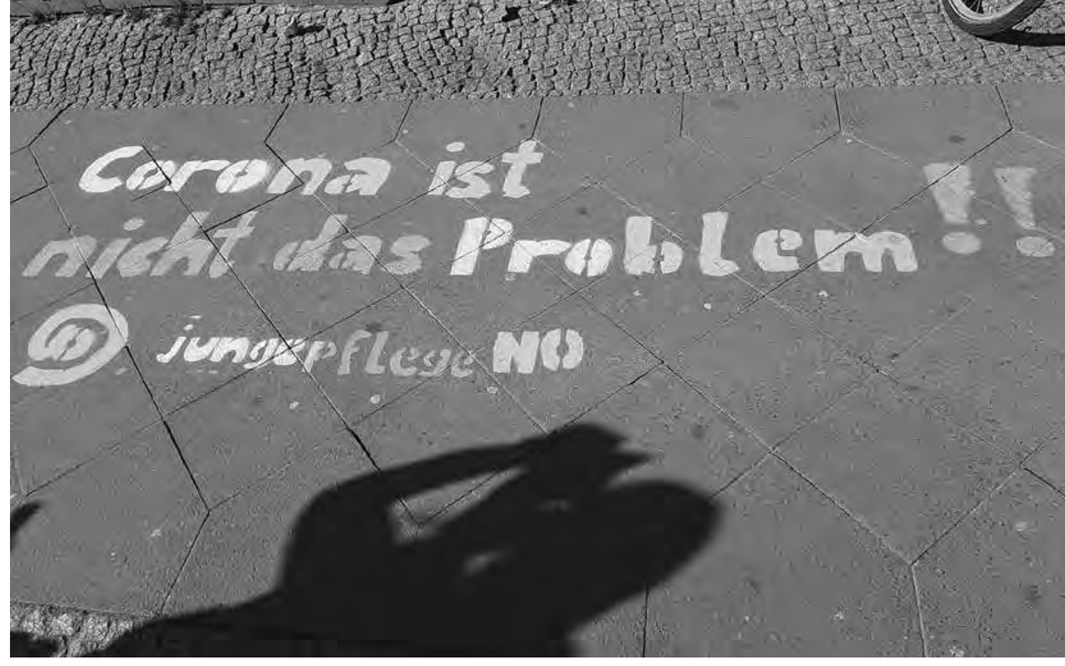
Am 23. November standen die Apple-Arbeiter in der Agglomeration Tschengtschau Schi gegen die Corona-Diktatur auf (siehe auch Seite 11). Die Revolte verbreitete sich über alle Regionen Chinas. Foto: Anonyme Citoyen (Videostill)

ÜBERWÄLTIGENDE ÜBERWACHUNG

Spahn beschreibt also das Initiationsritual des Tiefen Staates, vormals Militärisch-Industrieller-Komplex der USA genannt. Weltberühmte Aufklärer wie Edward Snowden und Julian Assange sowie Chelsea Manning offenbarten unter anderem bereits das totalitäre Überwachungsprogramm Prism. Das Ziel: Alle Menschen der Erde lückenlos zu überwachen, in jeder ihrer Lebensregungen, und schließlich auch in ihrer Humangenetik kontrollierbar zu machen. Ein wahrer Ritt in die Hölle des »Großen Bruders« (George Orwell), bei dem es niemals um die Gesundheit des Einzelnen oder gar die Rettung des Planeten ging. Die Corona-Diktatur überlagert Zusammenbruch und technische Pleite des US-Finanzmarktkapitalismus (siehe #DW1 und #DW2 vom 17. und 24. April 2020 und folgende), dessen Zinssystem offenbar durch unmittelbare Verhaltenskontrolle der Menschen abgelöst werden soll.

Doch etwas ging schief. Das Programm konnte nicht voll durchgesetzt werden, weil das Volk nicht mitspielte. International sorgten die Trucker-Blockaden der kanadischen Hauptstadt für Aufsehen, zuletzt die Revolte von Tschengtschau in Zentralchina. In mehreren Städten zerstörten die Bürger konsequent und mit dem dafür notwendigen Gewalteinsatz biopolitische Anlagen, PCR-Testbuden, Injektionszentren, Zonen-Barrieren, 5G-Türme, Stechuhren und Überwachungskameras. Das Regime sandte Truppen, um die Aufstände niederzuschlagen (siehe Seite 11 dieser Ausgabe), dennoch scheint ein Funke entzündet. Interessant: Bei der Überwältigung und Festnahme des BBC-Journalisten Edward Lawrence durch die Corona-Milizen in Schanghai gab es einen internationalen Aufschrei. Ganz ähnlich war mit mir 2020 und 2021 verfahren worden, nur brutaler. Die chinesische Corona-Diktatur gilt mit Australien und der BRD als die grauenhafteste der Welt.

Bei uns: Das Corona-Regime läuft nun aus, die Ressourcen werden für die Kriegstreiberei der Nato gebraucht. Paradoxerweise gab der unter dubiosen Umständen ins Amt gekommene US-Präsident Joseph Biden das Signal dazu, das Corona-Regime auslaufen zu lassen – und den Sieg über den Terror für sich zu reklamieren: »Ich habe jetzt die Pharma besiegt«, sagte er im Zuge der Automobilmesse von Detroit im September 2022, »niemand trägt hier die Maske und den Leuten scheint es trotzdem recht gut zu gehen«.



Aufgenommen am 21. März 2020 vor dem Vivantes-Klinikum in der Landsberger Allee, Berlin. In den Tagen darauf entstand die Demokratie- und Bürgerrechtsbewegung NichtOhneUns.de. Foto: Louise Lenz

Wenige Tage später sprengten US-Militäreinheiten unsere Versorgungsleitungen »Nord Stream« in der Ostsee. Auch das hatte Biden zuvor angekündigt (DW berichtete). Die Überproduktions- und Verwertungskrise sowie das Platzen der größten US-Blase aller Zeiten sollen nun also mit »konventionellen« Mitteln, jenen des Krieges, überspielt werden. So kennen wir die Amerikaner spätestens seit 9/11 (siehe Seiten 12 und 13 dieser Ausgabe) und lieben sie nicht dafür. Wir wollen da raus, und uns nicht in die Fänge des Brüsseler Monstrums begeben.

»AMI GO HOME«

»Ami go home« war die Losung der großen Demonstration in Leipzig am 26. November. »Nato raus, raus aus der Nato« ist auf fast allen Montagsspaziergängen zu sehen. Doch was ist die Forderung wert, ist sie ein Appellativ, eine Aufforderung an die Funktionsträger? Dabei hatte doch der CDU-Banklobbyist Friedrich Merz unlängst zum Corona-Regime öffentlich bekannt, er und seine Partei hätten die Gräueltaten der tödlichen Injektionen, der Selektion, Segregation und Kinderquälerei verübt, »weil wir es mussten« – also weil die Besatzungsmacht darauf bestanden hatte. Am 21. November 2021 hatte er im Zuge dessen noch in der *ZDF*-Sendung Lanz gedroht, »dass wir die Corona-Leugner und die, die sich hartnäkig weigern, doch etwas klarer adressieren müssen«. Ein einfacher Austausch des hochbezahlten Regierungspersonals wird also strukturell nichts ändern. Wir müssen die USA bitten, mehr dazu auffordern, nun endlich unser Land zu verlassen. 77 Jahre der Besetzung sind eine der längsten Phasen der Unterwerfung eines Landes in der jüngeren Geschichte der Menschheit. Doch auch damit ist es nicht getan, es braucht eine konsequente und in jeder Hinsicht, gegenwärtig wie zukünftig, friedliche Erneuerung der Demokratie ohne einzelne Führerfiguren oder Partikularforderungen. Der Demokratiebewegung wurde deshalb seit 28. März 2020 der 5-Punkte-Plan mitgegeben (siehe Seite 2 dieser Ausgabe unten).

Bereits am 7. April 2022 feierte Captain Future (Kapitän Zukunft, bürgerlich Michael Bründel) von der Berliner Demokratiebewegung »Freedom Parade« mit Tausenden Demonstranten die Abwehr des Impfzwanges, der am selben Tag auf Druck von der Straße im Bundestag abgelehnt worden war. Bislang der größte Erfolg der Demokratiebewegung. Nun bröckeln auch die letzten Reste des Corona-Regimes weg – und die Demonstrationen und Montagsspaziergänge nehmen dennoch im ganzen Land immer mehr an Fahrt und Teilnehmerzahlen auf. Wird es gelingen, vor Rathäusern, Behörden und Militäreinrichtungen, Abstimmungen des anwesenden deutschen Volkes durchzuführen? Wird es den Menschen gelingen, die totalitären Überwachungsanlagen friedlich abzubauen? Oder werden wir nur abwarten, bis das Corona-Regime, das die totale Weltherrschaft anstrebt, sich an uns neu angepasst haben wird?

Aktueller Podcast von Anselm Lenz auf dem Presseportal apolut.net: »Die Schönheit unseres Sieges entfaltet sich«



Am 28. November 2022 wurde der Berichterstatter im Einsatz und BBC-Journalist Edward Lawrence in Schanghai im Zuge der Revolte auf dem Boden fixiert, in Handschellen gelegt und abgeführt. MDR-Bloggerin Eva Lamby-Schmitt feierte am darauffolgenden Tag dennoch begeistert das chinesische Corona-Regime auf dem Propagandablog tagesschau.de: »Diesmal sind die Behörden Schanghais vorbereitet. Noch vor Tagesanbruch werden hohe Barrikaden an den Straßen errichtet. Streifenwagen und Polizisten säumen die Straßen genau da, wo am Wochenende die Menschen gegen die Corona-Maßnahmen in China protestiert haben. So sollen weitere Demonstrationen verhindert werden. Auch mit Festnahmen will die Stadt abschrecken.« (Foto: TikTok-Bildschirmfoto: »Die Polizei drängt in die Menge und macht wahllose Festnahmen.« Auf dem Bild zu sehen: Der Journalist Ed Lawrence, BBC.)

Kein Friede den Hütten

oder: Wie einer ausziehen musste, um auch noch im Zelt angegriffen zu werden. Interview mit Fredi Steffen

Am Dienstagmorgen bekomme ich einen Anruf aus dem Friedenscamp. Seit Oktober 2022 kampieren die Friedensaktivisten (w/m) am Berliner Dom. In der vorangegangenen Nacht sei ein Anschlag auf sie verübt worden, als sie sich schon in die Zelte gebettet hatten.

DW: Vielleicht möchten Sie sich selber vorstellen?
Fredi Steffen: Ich bin der Fredi Steffen. Ich bin seit dem 25. Oktober mit hier, in diesem Friedenscamp. Wir machen uns wirklich ernsthaft Gedanken, wie man den weltweiten Frieden erreichen könnte.

DW: Was ist das Ergebnis Ihrer Überlegungen?
F.S.: Vergangene Nacht sind wir Ziel eines geplanten Terroranschlages geworden. Eine Gruppe von fünf bis sechs Personen hat sich spät abends, etwa 22 Uhr, an jedem Zelt platziert, auf ein Zeichen haben alle in derselben Sekunde angefangen, die Zelte zu zerschneiden. Die ganze Aktion hat wenige Augenblicke gedauert und dann waren auch schon alle weg. Als ich aus meinem Zelt herauskam, war schon alles wieder vorbei. Ich brauche etwas länger zum Anziehen, weil ich behindert bin.

DW: Ein Zelt scheint auch abgebrannt zu sein. Was ist damit passiert?
F.S.: Während die Gruppe schon über die Brücke flüchtete, hat einer aus der Gruppe einen Bengalo, also einen Funkensprühregen, wenige Zentimeter neben diesem Zelt abgelegt – mit dem Sprühregen gegen das Zelt. So wurde es in Brand gesteckt.

DW: Dies ist nicht nur ein symbolisches Zeltlager mit Informationsmaterialien. Sie leben auch hier – wie machen Sie das?



Fredi Steffens Zuhause: Das Friedenscamp mit Informations- und Schlafzelten am Berliner Dom. Foto: DW/ale

F.S. (lacht): Wir atmen und essen und trinken. Aber Sie meinen etwas anderes. Offiziell bin ich, wie man so schön sagt, O.F.W., ohne festen Wohnsitz, also obdachlos. Ich habe keine Wohnung, in die ich gehen könnte. Ich übernachte hier wirklich den ganzen Winter im Zelt – komme was da wolle.

DW: Warum haben Sie sich das Friedenscamp dafür ausgesucht?
F.S.: Weil es kaum andere Möglichkeiten gibt und ich die Sache unterstütze. Ich habe schon vor über zehn Jahren erkannt, dass in diesem Land so ziemlich alles schiefläuft. Die Regierung macht nicht das, was eine Regierung eigentlich machen sollte. Eine Regierung ist dafür da, ihr Staatsvolk zu schützen. Das tut diese Regierung nicht, seit Jahren und Jahrzehnten nicht. Egal, wo man hinguckt, in diesem ganzen kapitalistischen System, es ist kaum etwas vorhanden, das mit meinem Gewissen vereinbar ist. Das einzige, was ich als mit meinem Gewissen vereinbar bezeichnen könnte, ist der Generationenvertrag in Bezug auf die Rente. Als ich jung war, habe ich die Beiträge bezahlt, damit den damaligen Rentnern – die jetzt auf dem Friedhof liegen – ihre Rente ausgezahlt werden konnte. Heute arbeiten die jungen Leute dafür, dass ich meine Rente bekomme. Das finde ich gerecht.

DW: Dürfen wir fragen, Herr Steffen, wie kommt es, dass sie auf der Straße gestrandet sind?
F.S.: Kurz vor dem Eintritt meiner Obdachlosigkeit habe ich in einer Notunterkunft für Obdachlose in der Storkower Straße gewohnt, hinter dem Arbeitsamt. Dort hatte ich ein 8,55-Quadratmeter-Zimmer. Dafür habe ich 32 Euro und, ich glaube, 26 Cent Tagesmiete bezahlt. Das machte bei 31 Tagen rund 1.000 Euro im Monat.

Das ergibt einen Quadratmeterpreis von 117 Euro. Im Berliner Mietspiegel werden 4 Euro bis 15,85 Euro genannt. Das sind Kaltmieten; ich habe natürlich Warmmiete bezahlt, aber die Nebenkosten machen nicht soviel aus. Ich bin dann rausgeflogen, weil ich angestoßen hatte, die Miete neu zu verhandeln. Ich hatte mich immer wieder per E-Mail an die Verwaltung des Hauses dort gewandt, aber nie eine Antwort bekommen. Die erste Antwort war dann ein DIN-A-4-Blatt mit der Überschrift »Hausverbot«.

DW: Himmel!
F.S.: So ist man da mit mir umgegangen. Im Nachhinein bin ich irgendwie sogar ganz froh darüber. Jetzt kampiere ich hier für den Frieden, im Friedenscamp.

DW: Das nun gerade angegriffen wurde. Haben Sie eine Vermutung, wer es war?
F.S.: Wer greift ein Friedenscamp an? Dafür kommt kein normaler krimineller Jugendlicher in Frage, kein Obdachloser, kein Systemhasser. Das können nur Leute gewesen sein, die damit ihr Geld verdient haben, die damit einen Job gemacht haben. Ich würde sagen: Antifa.

DW: Oder die, die sich heute das Abzeichen anheften. Herr Steffen, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

Zu DW 112 "Guter Journalismus" und "Wer nimmt Fake-Einladung zu Lanz an?"
Leserbrief:
Leute, wir brauchen das Selbstvertrauen, dass wir in der Lage sind, als medienkompetente Menschen unsere Mitmenschen zum Selbstdenken anzustecken! Damit Tingel-Tangel-Shows à la Markus & Konsorten wie auch die Relotius-Presse und andere Hilflos-Schreiber austrocknen. Das sind tote Gäule und bei einem Stall voll toter Gäule muss man den Bestatter rufen.
D.P.

LOBBYISTEN DER KRAFTWERKSBETREIBER?

Meine Frau und ich lesen diese Zeitung seit Sept. 2020. Der Artikel (»Das grüne Märchen« von Felix Feistel, vom 22.10.22) könnte gut von einem Lobbyisten der alten Kraftwerksbetreiber geschrieben worden sein – eine so offensichtliche Einseitigkeit kenne ich nur von den Leidmedien.

Bei der Aufzählung der kritischen Aspekte zur Wind-, Wasser- oder PV-Energie werden die gleichen Nachteile der Kohle- oder Atomkraftwerke völlig ausgeblendet. Wer so einseitig die regenerativen Energien kritisiert, unterstellt, dass die anderen Energieerzeuger völlig harmlos sind. Wenn wir diese großen Mengen an Energie haben wollen (das zu reduzieren wäre der sinnvollere Ansatz) müssen wir notgedrungen die technischen Anlagen akzeptieren, die dazu notwendig sind.

In den Medien wird immer nur darüber gesprochen, dass die Privathaushalte Energie sparen sollen. Dabei wird 2/3 des Strombedarfs in Deutschland von der Industrie gebraucht! Dazu kommt, dass wir auch noch viel Strom ins Ausland exportieren. Die Grünen mit ihrer Politik zu kritisieren ist eine Sache und aber die Entwicklungen, die sinnvoll sind und damals von den Grünen angestoßen wurden, heute vehement abzulehnen, weil sie von den Grünen sind, ist unseriös.

Wenn der Autor am Ende ein Gezeitenkraftwerk favorisiert (was auch eine Riesenbauwerk ist) ist das auch keine Lösung. Bei der Erwähnung der Wasserstoff-Technologie fällt er auch auf die Industrie rein, die hier wieder viel Subventionen einstreichen will und dann eine Technologie entwickeln will, die sehr aufwendig und absolut nicht rentabel ist.

Es wäre sinnvoll, Alternativen anzubieten mit Einbindung der regenerativen Energieformen oder auf die Energiegenossenschaften hinzu weisen, die die Energieproduktion selbst in die Hand nehmen. Herzliche Grüße, – Birgit und Ulrich S.

Mit Bargeld auf Einkaufstour in Schweden

Geht in Schweden alles nur mehr digital? Werden Münzen und Geldscheine überhaupt noch akzeptiert? Ein Selbstversuch in Stockholm. | Von Sophia-Maria Antonulas

Ein Kollege schrieb mich vor kurzem an, er habe gehört, dass Privatpersonen nur 50 Schwedische Kronen bei sich haben dürfen, ob das stimmt. Das wären umgerechnet rund 4,60 Euro. In den vielen schicken Bäckereien, die es in Stockholm gibt und die wieder selbst backen, kostet ein Laib Brot 60 Kronen. Keine dieser Bäckereien akzeptiert Bargeld. Und auch sonst bezahlen die meisten Schweden in Läden und Restaurants nur mit Karte oder Handy. Selten sieht man jemanden mit Scheinen hantieren. Sollte dieses Gerücht des Bargeldverbots etwa stimmen?

Ein Besuch in der Swedbank im Zentrum von Stockholm bringt schnell Klarheit. Die nette Mitarbeiterin am Infoschalter erklärt, dass es möglich ist, mit der Debitkarte 15.000 Kronen (1.375 Euro) am Geldautomaten abzuheben – und zwar kostenlos an allen Maschinen mit dem türkisblauem Bankomat-Logo. Und davon gibt es in der schwedischen Hautstadt viele. Das Unternehmen Bankomat AB gehört den sechs größten Banken in Schweden. Daneben gibt es noch einige andere Firmen, die Geldautomaten betreiben. »In den vergangenen fünf Jahren hatten wir 10 Prozent weniger Bargeldtransaktionen«, erklärt die Bankomat-Pressesprecherin Jenny Danielsson, »aber von Januar bis Juli 2022 gab es eine Steigerung um acht Prozent.«

WIDERSTANDSFÄHIG UND KRISENSICHER DANK BARGELD

Schweden arbeitet derzeit intensiv daran, den Erhalt der Bargeldinfrastruktur zu sichern. Bereits 2021 wurde ein Gesetz erlassen, das besagt, dass es niemand zu weit zum nächsten Geldautomaten haben darf. Digitales Bezahlen wird als nicht krisensicher angesehen, auch, weil es dafür Strom braucht. Bargeld gilt als strategisch wichtig, und Anfang November fanden in Stockholm dazu Gespräche zwischen Vertretern der schwedischen Streitkräfte, der Zivilschutzbehörde, der Finanz- und Telekommunikationsbranche, der Finanzaufsichtsbehörde sowie der Riksbank – das ist die Schwedische Nationalbank – statt.

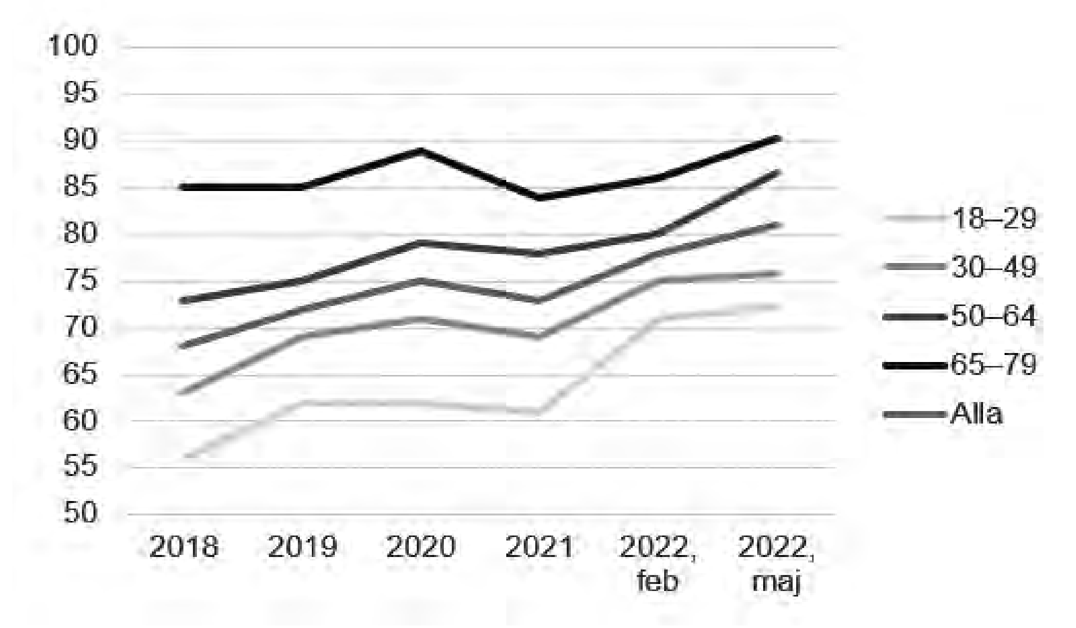
Die Bevölkerung scheint es ähnlich zu sehen. Seit März 2021 ist der Anteil der Schweden, die Scheine und Münzen im Portemonnaie haben, in allen Altersgruppen gestiegen. Das ergab eine Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts Kantar Sifo, die von Bankomat in Auftrag gegeben wurde. Im Mai 2022 antworteten 81 Prozent der Schweden, dass sie Bargeld behalten wollen, verglichen mit 78 Prozent drei Monate zuvor. 2021 waren es 73 Prozent und 2018 nur 68 Prozent. Das heißt, immer mehr Menschen wollen wieder bar bezahlen, besonders jüngere: In der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen ist der größte Zuwachs zu beobachten. Von ihnen wollen 72 Prozent, dass sie auch bar bezahlen können, so das Ergebnis der Kontor Sifo-Umfrage. Im Jahr 2018 wollten dies nur 56 Prozent der unter 30-Jährigen.



Setzt die Nordiska Kompaniet, das Nobelkaufhaus von Stockholm, auf Bares? Foto: Sophia-Maria Antonulas

IM SELBSTVERSUCH MIT BARGELD DURCH STOCKHOLM

Doch wie sieht es in der Praxis aus? Fast niemand in Stockholm zahlt mit Bargeld. Wo werden Scheine und Münzen überhaupt noch akzeptiert? Kommt man im Alltag mit Bargeld weiter? In der U-Bahn-Station frage ich den Mitarbeiter der Stockholmer Verkehrsbetriebe, ob ich mein Ticket auch bar bezahlen kann – in vielen U- und S-Bahn-Stationen gibt es noch Karten- und Informationsschalter, an denen Menschen den Kunden weiterhelfen. »Selbstverständlich«, antwortet der U-Bahn-Mitarbeiter. »Das ist doch ein guter Einstieg«, denke ich mir und halte ihm einen meiner Geldscheine hin. Eine Fahrkarte kostet 39 Kronen (3,60 Euro).



Anteil der Schweden nach Altersgruppe in Prozent, die Bargeld als Zahlungsmöglichkeit behalten möchten. Quelle: Bankomat

Es geht ins Zentrum zum edlen Kaufhaus Nordiska Kompaniet (NK). Es wurde 1915 eröffnet und der Architekt ließ sich für den Bau unter anderem vom Berliner Kaufhaus KaDeWe inspirieren. An diesem ersten Adventswochenende scheint halb Stockholm bei NK einzukaufen. Vor den Rolltreppen stauen sich die Kunden, und es dauert eine Weile, um in die vierte Etage zu gelangen. Hier an der Information ist weniger los als an den einzelnen Kassen, und so stelle ich wieder meine Frage, ob NK denn auch Bargeld akzeptiere. »Ja, es ist Teil unserer Unternehmenspolitik, dass unsere Kunden an fast allen Kassen auch bar bezahlen können«, so die Antwort der höflichen Mitarbeiterin.

Kann das sein? Neben drei überdimensionalen singenden Plüschpinguinen, an denen sich Jung und Alt erfreuen, finde ich eine Kasse, an der ausnahmsweise keine lange Schlange steht. Auf meine Frage hin »nehmen Sie auch Cash?«, erwidert die Verkäuferin lachend: »Das hier ist Stockholms größte Geldwaschmaschine. Bei uns kaufen viele Touristen ein, auch die bezahlen gerne bar.« Ich schlendere an den Nobelkleidermarken vorbei zum Ausgang und stärke mich draußen an der hauseigenen Würstchenbude mit einem Hotdog um 25 Kronen (2,30 Euro).

Doch wie sieht es mit Dingen des täglichen Bedarfs aus? Und können Schweden Alkohol kaufen, ohne eine digitale Spur zu hinterlassen? »Systembolaget« heißen die Läden, in denen der Staat Wein, Bier und Spirituosen verkauft. Überall anders dürfen keine Getränke über die Ladentheke gehen, deren Alkoholgehalt über 3,4 Prozent liegt. Freitags und samstags ist im Systembolaget besonders viel los. Über einer der vielen Kassen weist ein Schild darauf hin, dass hier auch Münzen und Scheine akzeptiert werden. Doch nicht nur an dieser Kasse geht es langsam voran – das digitale Bezahlsystem ist teilweise ausgefallen, kontaktlose Zahlungen sind nicht möglich, jede Transaktion dauere eine Minute, so die Lautsprecherdurchsage. Ich begleiche die 14,50 Kronen (1,33 Euro) für einen halben Liter schwedisches Bier der Marke Norrlands Guld in bar und bin schnell wieder draußen.

SUPERMARKTEINKAUF IN STOCKHOLM:
1 Kilogramm Bio-Bananen – 32,90 Kronen (3 Euro),
1 Kilogramm Zwiebel – 19,90 Kronen (1,83 Euro),
10 Stück Freiland-Eier – 41,90 Kronen (3,84 Euro),
Baguette – 19,90 Kronen (1,83 Euro),
Schweinekotelett mit Knochen pro Kilogramm – 139,90 Kronen (12,83 Euro),
250 Gramm Butter – 44,90 (4,12 Euro),
1 Liter Milch – 14,90 Kronen (1,37 Euro),
1 Kilogramm Spaghetti – 24,90 Kronen (2,28 Euro).

SCHWEDEN HÖCHSTE INFLATION SEIT 1991

Auch jeder Supermarkt akzeptiert noch Bargeld. Meinen Einkauf könnte ich aber auch teils mit Bargeld, um etwa Münzen loszuwerden, und den Rest mit Karte zahlen. Eine die junge Frau direkt vor mir begleicht

Fortsetzung auf Seite 10



MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

WO BLEIBT DER AUFSCHREI?

Waren die Reallöhne vorher etwa zu hoch? Sehr unwahrscheinlich, wurde doch sichergestellt, dass Deutschland billig produzieren kann. Deshalb muss man sich wirklich fragen, wo angesichts der rasant sinkenden Nettoeinkommen die Proteste bleiben. Denn allein in den Sommermonaten dieses Jahres fiel die Kaufkraft in Deutschland offiziell um sechs Prozent.

Die wahre Zahl dürfte dagegen deutlich zweistellig sein. Ist das unser Beitrag für einen Krieg, der nicht unserer ist? Da hilft auch die steuerlich absetzbare Inflationshilfe nicht wirklich weiter, denn auch dieses Geld muss von den Unternehmen zuerst erwirtschaftet werden, bevor es dann steuerfrei ausgegeben werden kann. Aber unsere Damen und Herren in Berlin sind geradezu perfekt im Ausgeben von Geld, das gar nicht wirklich existiert.

Rekordschuldenmacher Lindner ist in Gänze unberührt. Da ist auch das beschlossene Bürgergeld eine Augenwischerei von rechts nach links. Die SPD ist froh, das Thema Hartz IV zu beenden, die CDU verbucht es als Erfolg. Das war schon immer so und zeigt wieder einmal, wie sinnlos Parteien geworden sind.

Das gilt insbesondere auch für die Grünen, deren zerstörerische Politik vor nichts mehr haltmacht. Im Namen des Klimaschutzes wird so ziemlich alles zerstört, egal wie wichtig es für unser Land ist. Brot muss nicht schmecken, es braucht auch nicht mehr gesund zu sein, Hauptsache es dient dem Klimaschutz. So ist das, wenn man nicht bis drei zählen kann, von Wirtschaft keine Ahnung und schon gar keinen Respekt mehr vor den Menschen hat.

Einstweilen brummen wegen der hausgemachten Energiekrise unsere Kohlekraftwerke wieder auf Hochtouren, die Deutsche Bahn bringt für die Logistik längst ausrangierte Waggons umgebaut zurück ins *Business*.

Wer hätte das gedacht, aber jeder Weg scheint recht zu sein, um die wahren Auswirkungen der Sanktionen zu vertuschen. Auch nicht schwer, denn ein großer Teil des Volkes lässt sich ja ziemlich einfach an der Nase herumführen. Weiter so, das dient dem Wachstum des Widerstandes, dem einzigen wahren realen Wachstum in diesen Zeiten. Wir sehen uns auf der Straße.

Es braucht wirklich einen großen Reset – in Form eines Umdenkens –, überwiegend in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, dass jeder selbst die Wahrheit sucht, um die Zusammenhänge zu erkennen und diesem neuen Wissen entsprechend zu handeln. Widerstand und Wandel made in Germany.

Fortsetzung von Seite 9



Auch die Würstchenbude der Nordiska Kompaniet akzeptiert Bargeld, doch alle zahlen mit Karte. Foto: Sophia-Maria Antonulas

ihren Einkauf ebenfalls mit Scheinen, sie ist die erste, bei der ich das an diesem Tag beobachte. Aber wie sind denn derzeit die Preise im Supermarkt? (siehe Tabelle aus S.9.)

Im Oktober stieg die jährliche Inflationsrate in Schweden auf 10,9 Prozent, der höchste Wert seit Februar 1991, verglichen mit 10,8 Prozent im September. Die größten Steigerungen wurden bei Lebensmitteln und alkoholfreien Getränke gemessen, meldete Schwedens Amt für Statistik. Gleichzeitig ging der Umsatz im Einzelhandel im Oktober 2022 gegenüber dem Vormonat um 1,3 Prozent zurück. In den weihnachtlich geschmückten Einkaufsstraßen Stockholms ist davon nicht viel zu merken. Auch die Bars und Restaurants sind gut besucht. Zwei von drei Kneipen, in denen ich nachfrage, akzeptieren Bargeld. Ich beende meine Einkaufstour mit einem Glas Bier, 0,4 Liter »Falcon« und zahle die 59 Kronen (5,41 Euro) – genauso wie der ältere Mann kurz nach mir – in bar.



Einer von hunderten Geldautomaten in Stockholm des Unternehmens Bankomat, das sich im Eigentum der sechs größten schwedischen Banken befindet. Foto: Sophia-Maria Antonulas

Was steckt hinter dem Krypto-Massaker?

KOMMENTAR von Ernst Wolff

FTX, die drittgrößte Krypto-Börse der Welt, hat am 11. November 2022 Konkurs angemeldet. Die Umstände der Insolvenz sind dabei mehr als dubios und deuten darauf hin, dass dahinter etwas viel Größeres als bisher bekannt stecken könnte.

Insolvenzverwalter John J. Ray, der bereits den US-Konzern Enron abgewickelt hat, sagte, er habe in seiner beruflichen Laufbahn noch nie ein so vollständiges Versagen der Unternehmenskontrolle wie bei FTX erlebt. In der Tat müssen mehrere Milliarden Dollar abgeschrieben werden. Hunderttausende *User*, die der Firma vertraut haben und zum Teil noch auf Entschädigung hoffen, werden am Ende leer ausgehen.

Bemerkenswert ist vor allem, dass der Gründer und CEO von FTX, Sam Bankman-Fried, bis heute ein freier Mann ist und es wohl auch bleiben wird. Ermöglicht wird das allem Anschein nach durch das Netzwerk einflussreicher Persönlichkeiten, das sowohl die 2019 gegründete Kryptobörse FTX als auch das 2017 von Bankman-Fried gegründete Kryptohandelsunternehmen Alameda Research umgibt.

DIREKTER DRAHT ZU POLITIK UND WEF

So wurde Alameda Research bis zum 11. November 2022 von Caroline Ellison geführt, deren Vater vor Jahren die Abteilung für Wirtschaftswissenschaften am Massachusetts Institute of Technology (MIT) leitete. Einer seiner Professoren war Gary Gensler, der in den vergangenen drei Jahren als Vorsitzender der US-Börsenaufsichtsbehörde für die Überwachung der Aktivitäten von FTX zuständig war. In seiner Zeit als Chef der Commodity Futures Trading Commission (CFTC) war Gensler zudem Chef des FTX-Leiters der Abteilung für Politik, Mark Wetjen. Aber nicht nur zu den Aufsichtsbehörden hatte FTX offensichtlich einen direkten Draht, sondern auch zur Politik. Laut der Plattform *Open Secrets* ist FTX-Gründer Bankman-Fried der sechstgrößte politische Geldgeber der USA. *Open Secrets* zufolge hat er während der Zwischenwahlen 2021-2022 insgesamt 39,8 Millionen US-Dollar gespendet. Davon gingen 92 Prozent an die Demokraten, der Rest an republikanische Kandidaten und Kampagnen. Bankman-Frieds FTX-Co-CEO bevorzugt offensichtlich die Republikaner und spendete 23,6 Millionen US-Dollar für deren Kampagnen.

Die politischen Beziehungen von FTX gehen aber auch weit über die USA hinaus. FTX war bis zu seiner Insolvenz einer der Partner des World Economic Forum, der politisch einflussreichsten Stiftung der Welt.

Außerdem hat die US-Stiftung Equity and Justice (zu deutsch: Stiftung für Gleichheit und Gerechtigkeit) im März 2022 mit *Aid for Ukraine* eine Initiative gestartet, die Gelder aus der Krypto-Community zugunsten der militärischen und humanitären Bedürfnisse der Ukraine sammelt. Daran beteiligt waren – entgegen den Fehlinformationen sogenannter Faktenchecker – neben FTX auch Everstake und das ukrainische Ministerium für digitale Transformation.

Wie eng die Beziehungen zwischen FTX und dem digital-finanziellen Komplex sind, kann man der Tatsache entnehmen, dass Sam Bankman-Fried und Wolodymyr Selenskyj am 30. November gemeinsam auf einer Veranstaltung der *New York Times* in New York auftraten, an der auch Mark Zuckerberg und US-Finanzministerin Janet Yellen teilnahmen. Wie kann es sein, dass jemand, der einen Milliarden-Bankrott verschuldet, Hunderttausende um ihr Geld gebracht und sämtliche Kryptowährungen weltweit auf Talfahrt geschickt hat, nicht nur von der Justiz protegiert, sondern von den Vertretern von Staat und Konzernen auch noch hofiert wird?

ALLES FÜR DIE GUTE SACHE?

Die Antwort hierauf kann sehr wahrscheinlich nur ein Blick auf die aktuellen Vorgänge im makroökonomischen Umfeld liefern. Es fällt auf, dass der FTX-Bankrott zeitlich mit einem groß angelegten Testlauf für eine digitale Zentralbankwährung (CBDC) zusammenfällt, den die US-Zentralbank Federal Reserve zusammen mit den Großbanken Citibank, HSBC, BNY Mellon, Bank of America und der Zentralbank Singapurs durchführt.

Da die tatsächliche Einführung einer solchen CBDC unter dem Namen FedCoin mit einer Abschaffung des Bargeldes und totaler staatlicher Kontrolle aller Geldflüsse einhergehen würde, kann man davon ausgehen, dass viele Bürger versuchen würden, sich dieser Bevormundung zu entziehen und ihr Heil in den Kryptowährungen suchen.

Was liegt da seitens des Staates näher, als diese Währungen durch gezielte und geplante Manöver in Misskredit zu bringen und der Bevölkerung so den scheinbaren Beweis zu erbringen, dass CBDCs sicherer als Kryptowährungen sind?

Mit anderen Worten: Es deuten viele Anzeichen darauf hin, dass sowohl das extrem schnelle Wachstum von FTX als auch sein plötzlicher Absturz kein Zufall waren, sondern entweder vorsätzlich herbeigeführt oder zumindest – durch mangelnde Aufsicht – von Seiten des Staates begünstigt wurden.

Wer diese Erklärung für eine Verschwörungstheorie hält, dem kann man schwer widersprechen. Das, was zurzeit im Finanzsystem vor sich geht, erweist sich bei näherem Hinsehen oft als eine gemeinsame und verdeckte Planung von Handlungen einzelner Akteure zum Nachteil anderer und damit als genau das, was der Duden unter einer Verschwörung versteht.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf apolut.net

PROTESTE IN CHINA

»WIR WOLLEN KEINE MASKEN, WIR WOLLEN FREIHEIT«

China wird von einer Protestwelle heimgesucht, die sich gegen die strikte Zero-Covid-Politik der Regierung richtet. | Von Felix Feistel



Konzertierte Demonstrationen in China? Unter dem Titel »Protest der weißen Blätter«. Photo: Screenshot

Auf dem Werksgelände des weltgrößten iPhone-Herstellers Foxconn im chinesischen Zhengzhou hat alles begonnen: In dessen Werk kam es zu massiven Protesten und Ausschreitungen, ausgelöst durch einen *Lockdown* für die rund 350.000 Arbeiter.

Schon seit Anfang 2022 wurde um das Werksgelände eine »Corona-Blase« eingerichtet. Jeder positiv getestete Mitarbeiter wird in eigene Quarantäneeinrichtungen gesteckt. Dennoch kam es im Oktober zu einem »Corona«-Ausbruch, was zu einer Teil-Abriegelung des Werkes führte. Zudem wurden aufgrund steigender »Corona-Fälle« Arbeiter weggeschickt oder sind von sich aus in ihre Heimatregionen zurückgekehrt, was zusammen mit dem täglichen Testzwang für alle Arbeiter zu einer Drosselung der Produktion des neuen iPhone 14 geführt hat. Jetzt, da das Unternehmen einen »geschlossenen Kreislauf« eingeführt hat, der das Werksgelände vom Rest der Stadt Zhengzhou isoliert, sind bei der Belegschaft große Proteste entflammt, weil diese faktisch auf dem Werksgelände eingesperrt ist.

Schon zuvor hatte es auf dem Werksgelände immer wieder Proteste gegen die *Lockdowns* gegeben, jedoch nicht in einem derartigen Ausmaß, wie es auf einigen jüngeren Videos zu sehen sein soll. Gezeigt werden eingesperrte Mitarbeiter, die randalieren und dabei Überwachungskameras sowie Absperrungen zerstörten. Einige kletterten über die Zäune und flohen von dem Werksgelände, um nach Hause zu gelangen. Augenzeugenberichten zufolge beschwerten sich die Arbeiter darüber, dass sie auf dem Werksgelände eingesperrt würden, ohne, dass Verpflegung für sie bereitgestellt werde. Schon wenig später folgte ein massiver Polizeieinsatz, bei dem Mitarbeiter gewaltsam niedergeschlagen worden sein sollen.

MENSCHEN STARBEN, WEIL FEUERWEHR NICHT KAM

Nach einem Brand in einem Wohnblock in Ürümqi in der Region Xinjiang, bei dem mindestens elf Personen ums Leben gekommen sind, kam es auch dort zu großen Protesten. Denn die *Lockdown*-Politik hatte einen lebensrettenden Feuerwehreinsatz behindert, sodass diese den Brand nicht rechtzeitig hatte löschen können. Massenproteste in der Stadt folgten und weiteten sich am Wochenende auch auf andere Teile des Landes, bis nach Shanghai und in die Hauptstadt Beijing, aus. Studenten hielten an mehreren Dutzend Universitäten Trauerkundgebungen im Gedenken an die Brandopfer ab und sprachen sich gegen Zero-Covid aus.

Auch auf den Straßen der Städte protestierten die Chinesen zu Tausenden. So riefen die Menschen lauthals: »Wir wollen keine Masken, wir wollen Freiheit.« Dabei wurden zunehmend Forderungen nach dem Rücktritt Xi Jingpings und der Kommunistischen Partei laut, sowie nach Demokratie anstelle von Diktatur. Auch kursieren im Internet Videos von heftigen Ausschreitungen, in denen die Menschen *Lockdown*-Zäune und Überwachungstechnologie in den Städten zerstören. Viele Demonstranten halten als Zeichen gegen die Zensur leere, weiße Blätter in die Luft, sodass schon von einem »Protest der weißen Blätter« die Rede ist. Die Behörden reagieren mit Gewalt, Inhaftierungen und Zensur. Selbst ausländische Reporter werden verfolgt, wie der BBC-Reporter Ed Lawrence, der verhaftet und im Gewahrsam misshandelt worden sein soll. Die Behörden erklärten, man habe ihn festgenommen, um ihn »vor einer Ansteckung mit Corona« zu schützen.

PROTESTE HABEN BREITE BASIS

In den letzten Monaten kursierten immer wieder Videos, die angebliche Proteste und Aufstände gegen die strikte Zero-Covid-Politik Chinas zeigen sollen. Dabei kam es auch zu Auseinandersetzungen mit den Covid-Sicherheitskräften. Verifizieren ließen sich die Aufnahmen in der Regel jedoch nicht, da wenige Informationen über solche Proteste nach außen dringen. Doch entgegen der westlichen Vorstellung eines folgsamen Volkes kommt es in China immer wieder zu, teilweise auch sehr großen, Protestbewegungen. So gab es 1989 Massenproteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens, wo diese schließlich am 4. Juni von der damaligen Regierung gewaltsam niedergeschlagen wurden. Ausländischen Beobachtern in China zufolge haben die heutigen Proteste jedoch noch eine viel breitere Basis als jene 1989, da nicht nur Studenten, sondern weite Teile der Bevölkerung protestieren. Sie alle sind von der Zero-Covid-Politik betroffen, die schwerwiegend in ihr Leben eingreift.

Hinzu gesellt sich eine in Schieflage geratene Wirtschaft, wodurch das stillschweigende Abkommen zwischen Staat und Regierung, eine totalitäre Herrschaft im Gegenzug für Wohlstand und Wachstum zu tolerieren, beendet sein könnte. Die Versprechen können nicht mehr gehalten werden, da durch die Zero-Covid-Politik die gesamte Wirtschaft abgewürgt wird, die Menschen auf sich allein gestellt sind und oft Probleme haben, ihre Familien zu ernähren. Die Jugendarbeitslosigkeit lag schon im Juni bei etwa 20 Prozent, und schon vor einem Jahr machten Berichte über die drohende Pleite des Immobilienkonzerns Evergrande die Runde. Außerdem greift die Zentralregierung immer wieder in die Entscheidungen der lokalen Politik ein, um *Lockdowns* und Geschäftsschließungen durchzusetzen.

Der Unmut der Bevölkerung ist daher groß und die Proteste richten sich offen wie selten zuvor direkt gegen die Kommunistische Partei. So befürchten manche Beobachter bereits einen baldigen Militäreinsatz gegen das eigene Volk. Denn die Regierung sieht sich an die angekündigten drei Jahre Corona-Lügen gebunden und ist es nicht gewohnt, Fehler einzugestehen. Es besteht also die Gefahr, dass sich die Regierung durch die Größe der Proteste bedroht fühlt und Gewalt als einzigen Ausweg sieht.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

MELDUNG

OFFENSIVE PLÄNE GEGEN DEN IRAN

Tel Aviv/DW. Das israelische Militär will Medienberichten zufolge gemeinsam mit dem US-amerikanischen Militär eine Übung abhalten, in der Schläge gegen den Iran und dessen Verbündete in der Region geübt werden sollen. Der Chef der israelischen Verteidigungsstreitkräfte, Aviv Kohavi, hat gegenüber seinen amerikanischen Kollegen erklärt, dass beide Länder ihre gemeinsamen Pläne für offensive Maßnahmen gegen den Iran beschleunigen müssen. (ffe)

ANSCHLÄGE IN ITALIEN GEPLANT

Rom/DW**.** In Italien wurde eine Neonazistische Zelle ausgehoben, die eine Verbindung zum ukrainischen Asow-Bataillon hatte. Dies berichtete *The Grayzone* bereits am 15. November. Demnach sollen die fünf Verdächtigen des »Orden von Hagal« Waffen gehortet und Anschläge in Italien geplant haben. Nach einem weiteren Verdächtigen, der in der Ukraine gekämpft haben soll, fahnden die Behörden noch. (ffe)

STREIT UM AUTOKENNZEICHEN BEIGELEGT

Belgrad/DW. Serbien und Kosovo haben unter der Vermittlung der Europäischen Union eine Einigung in ihrem Streit um Autokennzeichen getroffen. Der Streit schwelte schon einige Monate und führte immer wieder zu Spannungen zwischen Serbien und der selbsterklärten unabhängigen Republik Kosovo. Kosovo wollte demnach die serbischen Autokennzeichen durch eigene ersetzen, was gerade den vielen regelmäßig einreisenden Serben erhebliche Schwierigkeiten bereitet hätte. Nun konnten Vertreter der EU und der USA Pristina davon überzeugen, diesen Plan aufzugeben. (ffe)

KLAGE WEGEN WAHLFÄLSCHUNG ABGELEHNT

Brasilia/DW. Nach den Wahlen in Brasilien hat die Partei des amtierenden Präsidenten Jair Bolsonaro angekündigt, gegen das Ergebnis vorzugehen, und Klage eingelegt. Das Oberste Wahlgericht wies diese jedoch ab. Begründet wurde dies damit, dass die regierende Liberale Partei (PL) keine Beweise für die Anschuldigungen der Wahlfälschung vorlegen konnte. Stattdessen verhängte das Gericht gegen die Antragsteller eine Geldstrafe in Höhe von 22,9 Millionen Reais (rund 4,12 Millionen Euro). (ffe)

IRAN EXPORTIERT AUTOS NACH RUSSLAND

Teheran/DW. Moskau und Teheran haben eine Absichtserklärung für iranische Autoexporte nach Russland im Wert von 300 Millionen US-Dollar unterzeichnet, wie mehrere Medien berichten. Iran Khodro, der führende Autohersteller des Nahen Ostens, interessiert sich schon länger für Russland als Absatzmarkt, den die Europäer für die Ukraine aufgegeben haben. Schon in den vergangenen Jahren wurden im Iran hergestellte Automobilkomponenten nach Russland exportiert. (sma)

Das Schweigen der akademischen Welt

Macht, die sich in der Präsenz großer Propagandaoperationen manifestiert, scheint insbesondere auf Personenkreise zu wirken, deren Berufsstand eigentlich durch kritischen Geist geprägt sein sollte, nämlich auf die akademische Welt, die oftmals fälschlich als »die Wissenschaft« bezeichnet wird. | Von Ansgar Schneider

Der Physiker Ansgar Schneider und der Mediziner Klaus-Dieter Kolenda besprechen dieses Phänomen am Beispiel der seit 20 Jahren andauernden und sehr erfolgreichen Propagandaoperation über den Hergang der Ereignisse des 11. September 2001. Ein Auszug aus ihrem aktuellen Buch »Generation 9/11 – Die verhinderte Aufklärung des 11. Septembers im Zeitalter der Desinformation« erschienen in der Fifty-Fifty-Reihe des Westend Verlages.

Klaus-Dieter Kolenda (KDK): Aber als Wissenschaftler sollte man doch auch oder gerade Zeitungsartikel immer kritisch lesen!?
Ansgar Schneider (AS): Ja, aber warum sollte man als Wissenschaftler, der wenig Zeit hat und seine eigenen Forschungsarbeiten voranbringen will, Zeit und Mühe aufwenden, um sich bei einem gefühlt ausreichenden Informationsstand mit dem World Trade Center zu beschäftigen? Man geht davon aus, dass eine staatliche Untersuchung alles genau untersucht hat. Ich schließe hier von mir auf andere.

KDK: Denken Sie denn, dass so eine naive Weltsicht bei Akademikern weit verbreitet ist?
AS: Ja, das scheint leider so zu sein. Warum das so ist, weiß ich natürlich nicht endgültig, aber ich kann vermuten:

Von der Schule bis zur Universität sind Akademiker aufgefordert, Dinge aufzunehmen, die von den Institutionen an sie herangetragen werden. Dabei spielt die in der Regel gut begründete und sachliche Art und Weise der Informationsübermittlung eine große Rolle, die man dann als seriös verinnerlicht. Man entwickelt ein Vertrauen in das, was ich akademische Bürokratie nenne. Vielleicht ist es auch andersherum und diejenigen, die ein solches Vertrauen mitbringen, sind diejenigen, die an den Akademien bleiben. In jedem Fall gibt es so eine Korrelation.

Dann erleben Akademiker durch eigene Bemühungen in der Regel beruflichen Erfolg und gesellschaftliche Anerkennung. Sie neigen daher dazu, das gesellschaftliche System, in dem sie leben, als eher positiv zu beurteilen. Sie reisen in der ganzen Welt auf tolle Konferenzen, reden über schlaue Dinge, lernen weltoffene, gebildete Menschen kennen, beschäftigen sich mit einem Thema, das sie interessant und vielleicht gesellschaftlich oder wissenschaftlich relevant finden, werden als Experten vom Fernsehen eingeladen und so weiter. Man lebt in seiner persönlichen Filterblase: Das System funktioniert ganz gut. Und als Lehrperson gibt man dieses Gefühl an die nächste Generation weiter. Das führt unbewusst zu einer Identifikation mit dem System und zu einem Verlust an kritischer Distanz.

Dann wird man auch noch vom Staat bezahlt, und in die Hand, die einen füttert, reinzubeißen, ist ein eher unnatürliches Verhalten. So mögen manche Akademiker aufgrund ihrer Laufbahn zu mehr Vertrauen und Gehorsam gegenüber Institutionen neigen als Mitglieder anderer Gesellschaftsschichten.

Dieses Vertrauen hat Auswirkungen: Wenn Sie einem Praktiker, zum Beispiel einem Hufschmied – und das habe ich gemacht –, Videoaufnahmen eines 100 Meter breiten und 186 Meter hohen Wolkenkratzers zeigen, der im freien Fall zu Boden geht, und ihm erklären wollen, dass dieser durch ein Feuer in drei Stockwerken in freien Fall geraten sei, lacht er sie aus. In meinem Fall kommentierte er das mit dem Satz: »Da müssen die Mäuse unten alle gleichzeitig was weggeknabbert haben!« Wenn Sie aber einem Akademiker sagen, da gibt es eine 10. 000 Seiten dicke wissenschaftliche Un tersuchung einer staatlichen Forschungseinrichtung, die zeigt, wie es geht, mag er geneigt sein, seinen Widerspruch mit Verweis auf diese Studie zu unterlassen, und ausweichend feststellen, er sei kein Experte und überlasse diese Frage lieber den Fachleuten.

Akademiker mögen manchmal eher dazu neigen, einem »wissenschaftlichen« Bericht, der dem kritischen Denken widerspricht, nicht zu widersprechen. Es könnte schließlich sein, dass man hier etwas nicht versteht – und jeder Wissenschaftler versteht fast nichts von der gesamten Wissenschaft.

Dann kommt das menschliche Umfeld der Wissenschaftler hinzu. Man ist aus seinem Alltag gewöhnt, mit Leuten zu tun zu haben, die die Wahrheit suchen und alles fünfmal hinterfragen, bis sie sich definitiv äußern – so erlebe ich das zumindest bei Naturwissenschaftlern und Mathematikern. Meinungen sind nicht wichtig, Messergebnisse und mathematisch formale Einsichten schon.

Deswegen kann man sich kaum vorstellen, dass es bei einer so wichtigen Angelegenheit wie der Untersuchung des 11. September weniger wissenschaftlich zugehen könnte, als man es aus seinem Umfeld, bei den eigenen speziellen Sachfragen, gewöhnt ist. Man erwartet nicht, dass Menschen lügen, die eine bedeutende staatliche Untersuchung führen. Man erwartet auch nicht, dass Journalisten [...] diese Lügen unkritisch weitergeben und sich zu eigen machen.

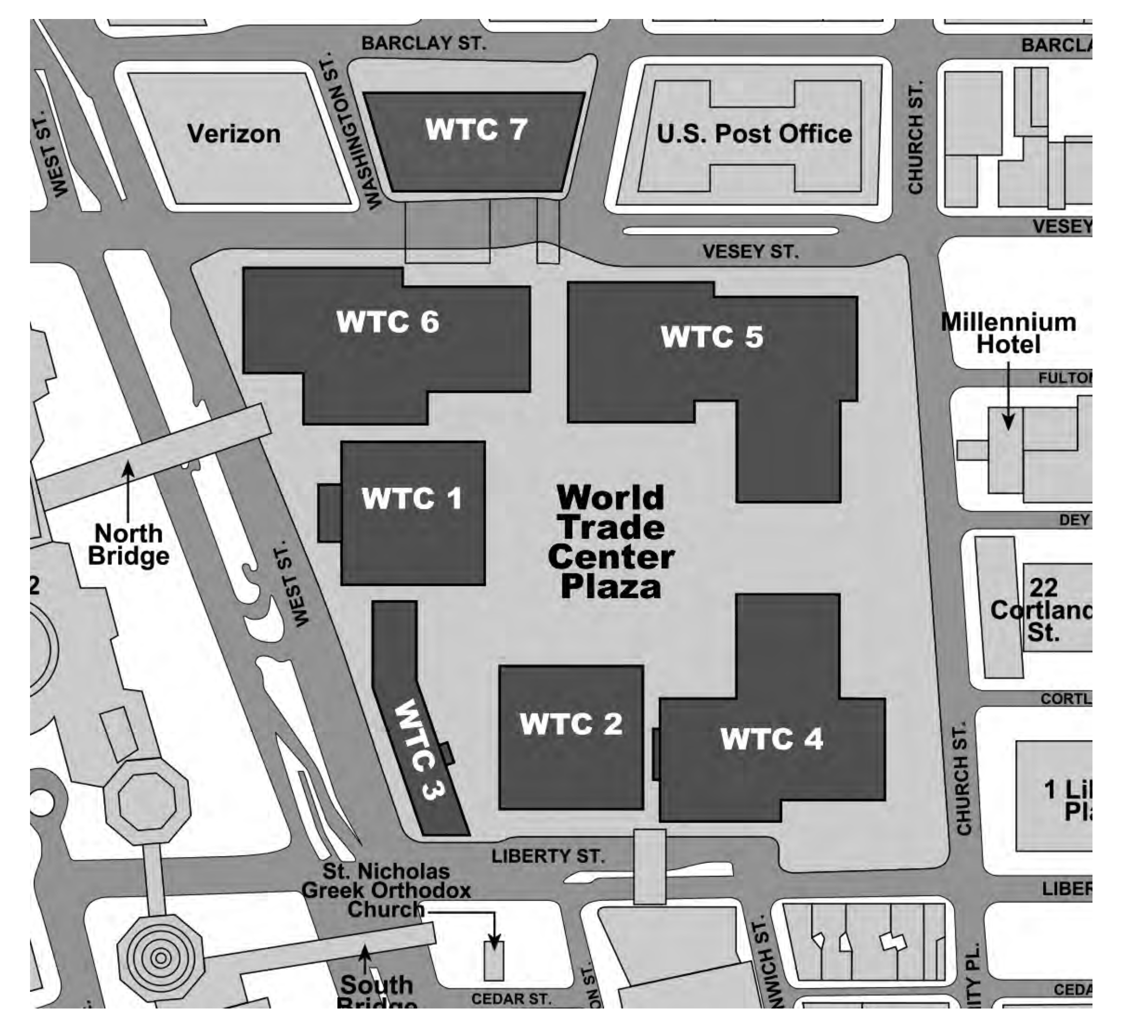
Ich denke, diese Gründe sind zusammen wichtige Ursachen dafür, dass in der akademischen Schicht das Selbstverständnis, in einer rechtsstaatlichen Demokratie zu leben, besonders stark ausgebildet ist.

KDK: Sie haben aber doch auch irgendwann damit begonnen, diese naive Weltsicht abzulegen und sich kritisch mit der Zerstörung des World Trade Centers zu beschäftigen. Warum reagieren Sie denn anders als andere?
AS: Bei mir hat es zunächst einmal knapp 14 Jahre gedauert, bis ich von der Problematik bei der Zerstörung des World Trade Centers überhaupt zum ersten Mal gehört habe. Ich war gut durch die unterlassene Berichterstattung in den Leitmedien von der Thematik abgeschirmt. Eine Filterblase, wie man das heute nennt.

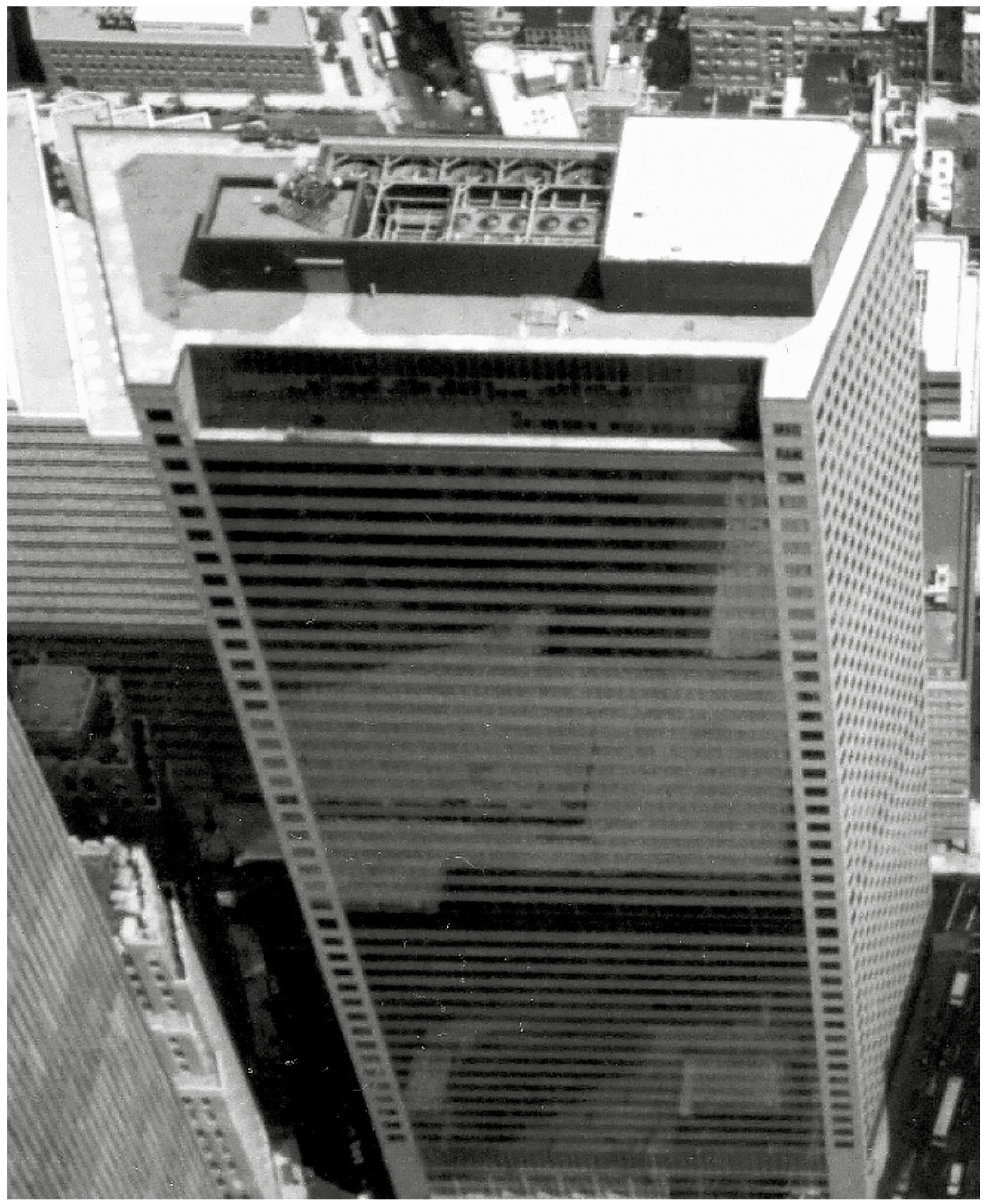
Die Blase platzte durch den Hinweis eines befreundeten Astronoms. Er schickte mir ein Video, in dem das Thema World Trade Center angesprochen wurde. Nicht jeder hat einen Freund, der einem solche Nachrichten schickt, und nicht jeder traut sich, seine Freunde ernst zu nehmen. Und dann sind wir wieder bei dem Punkt: Nicht jeder hat den Mut, staatliche Autoritäten zu hinterfragen und mit aufklärerischem, ergebnisoffenem Geist solchen Dingen kritisch nachzugehen, bis er das Ergebnis kennt.

Ich habe über diese Thematik mit dem Direktor einer großen deutschen Forschungseinrichtung gesprochen. Seine spontane Einschätzung war, man könne nicht erwarten, dass sich Wissenschaftler dazu äußern, weil sie von Forschungsgeldern abhängen, die sie nicht verlieren wollen.

Wenn Wissenschaftler Angst haben, öffentlich oder auch nur privat über ein Thema zu sprechen oder nur damit in Verbindung gebracht zu werden, dann ist das extrem alarmierend. Nur mal ein Beispiel in diesem



Lageplan: CC/Wikipedia



Des Gebäude 7 des Welthandelszentrums stürzte am 11. September 2001 im freien Fall ein, obwohl es nicht von einem Flugzeug getroffen wurde und auch nicht in unmittelbarer Nachbarschaft zu den bekannten Zwillingstürmen stand. Es wurde gesprengt, wie vermutlich die beiden Haupttürme auch. Foto: CC/Fanghong-Fanghong

Zusammenhang: Ich habe einen Artikel, der einen Fehler in [der offiziell akzeptierten Begründung zur Einsturzursache des World Trade Centers] korrigiert hat, bei einem Journal für Mechanik eingereicht. Der Artikel wurde von einem der zwei Gutachter abgelehnt mit der Begründung, mein Ergebnis sei zwar korrekt, aber von einer Veröffentlichung solle wegen der politischen Brisanz lieber abgesehen werden. [...]

KDK: Ist es nicht vielleicht einfach nur Bequemlichkeit, solche Artikel wie den Ihrigen abzulehnen?
AS: Natürlich wollen viele Leute gerne einfach ihre Ruhe haben, und sich für Demokratie und Menschenrechte einzusetzen, ist sowieso nicht jedermanns Sache. Aber in diesem Fall ist Bequemlichkeit höchstens ein Euphemismus.

Es geht hier um die Bequemlichkeit, sich nicht die Mühe machen zu wollen, ein fehlerhaftes Weltbild zu korrigieren und festzustellen, dass in der realen Demokratie, wie wir sie vorfinden, nicht nur die offenkundigen kleineren Ungerechtigkeiten das Problem sind, sondern fundamentaler Machtmissbrauch und tiefgreifende kriminelle Strukturen auf staatlicher Ebene erkennbar werden, also das, was man den Tiefen Staat nennt.

KDK: Das hört sich unsympathisch an. Was meinen Sie mit dem Begriff »Tiefer Staat«?
AS: Man spricht manchmal auch von einem »Tiefenstaat« oder einem »Staat im Staate«. Damit bezeichnet man außerhalb der verfassungsgemäßen Ordnung stehende Machtstrukturen, auf die der Rechtsstaat nicht zugreift: Nehmen Sie es als eine Schnittmenge von organisierter Kriminalität und Elementen aus dem Regierungsapparat, aus geheimdienstlichen oder militärischen Kreisen, die beispielsweise Terroranschläge oder politische Morde veranlassen oder verüben, um Stimmungen in der Bevölkerung oder Wahlen zu beeinflussen, so wie das in Italien oder der Türkei durch Nato-Kräfte geschehen ist, um solche Anschläge der politischen Linken anzulasten und um diese damit zu schwächen. Aber es geht nicht nur um Terror, sondern auch um Propagandaoperationen oder anderes systematisches illegales Wirken von staatlichen Akteuren oder solchen, die von staatlicher Seite gedeckt werden, wobei hier nicht der Korruptionsskandal im Landkreis gemeint ist, sondern Vorgänge, die von nationaler und geostrategischer Bedeutung sind [...].

Etwas allgemeiner gesprochen können Sie mit dem Begriff also auch das engere oder weitere kriminelle Umfeld der Personen aus dem staatlichen Sicherheitsapparat bezeichnen. Eine solche allgemeinere Definition ist insbesondere deswegen sinnvoll, weil die Aktivitäten des Tiefen Staates die Interessen von einflussreichen Spielern aus der Wirtschaft (etwa der Rüstungs-, Überwachungs-, IT- oder Bio-Tech-Industrie) bedienen und weil umgekehrt wirtschaftliche Interessen die Aktivitäten des Tiefen Staates mit beeinflussen: Terroranschläge wirken sich auf den Aktienmärkten aus, politische Entscheidungen führen zu immensen Kapitalflüssen in Forschung und Entwicklung in Bereichen von »Sicherheit«, Überwachung, Bio-Technologie und mehr.

Der amerikanische Politikwissenschaftler Lance deHaven-Smith bezeichnet die Fälle von politischen Morden oder von Terroranschlägen durch den Tiefen Staat als »State Crimes Against Democracy (SCAD)«, also »Staatsverbrechen gegen die Demokratie«. In einer Demokratie gibt es natürlich keinen Tiefen Staat und keine Gewaltakte, die der Staat unterstützt, vertuscht oder inszeniert, um Wahlen zu beeinflussen oder um die Bevölkerung auf den »Krieg gegen den Terror« einzustimmen.

Die nicht aufgeklärten Verbrechen des 11. September liefern ein Sichtbar-Werden des Tiefen Staates: 3.000 Menschen wurden ermordet, ohne dass es eine Untersuchung gab, die den selbstverständlichen Ansprüchen von Transparenz, Wissenschaftlichkeit und Rechtsstaatlichkeit genügt. Hunderttausende Tonnen Beweismaterial wurden vernichtet und zusätzlich hat die Regierung diesen Missstand mit betrügerischen Berichten zu vertuschen versucht. Die Täterfrage selbst ist bis heute unbeantwortet und die Justiz weigert sich, sich der Sache anzunehmen [...].

Wenn Sie also glauben, in einer Demokratie zu leben, dann können Sie sich das nicht eingestehen, ohne aufzubegehren. Wenn Sie sich selbst ernst nehmen, müssen Sie sich bei den hier aufgeworfenen Fragen um Aufklärung bemühen. Sie werden sich jedoch im selben Augenblick auch über Ihre Ohnmacht und über das Ausmaß der Lügen klar, die die gesellschaftliche Debatte prägen.

Sie erkennen den Missbrauch, den die Macht an Ihnen verübt. Sie erkennen sich als Opfer, und Opfer sein ist emotional schwer zu verkraften. Sich ohnmächtig fühlen und sich die eigene Ohnmacht eingestehen, möchte man gerne vermeiden, und deshalb neigt man dazu, unbequeme Tatsachen herunterzuspielen oder gar zu leugnen. Das ist die Bequemlichkeit, um die es geht, wenn das Wort hier Sinn machen soll.

KDK: Das Thema, das Sie damit ansprechen, ohne es beim Namen zu nennen, ist kognitive Dissonanz ...
AS: Genau. Kognitive Dissonanz ist der mentale Zustand eines Individuums, das mit Tatsachen konfrontiert wurde, die seinem Glauben widersprechen. Es kann nicht beides wahr sein: der Glaube und die Tatsachen. Dieser logische Widerspruch ist die Dissonanz, um die es geht und die das Individuum natürlich loswerden will. Es will die Dissonanz reduzieren, um wieder in einen Zustand kognitiver Konsonanz zu kommen.

Die naheliegende Möglichkeit, den Glauben, der sich als falsch erwiesen hat, aufzugeben, ist für den Einzelnen oftmals eine enorme emotionale Hürde, weil das sein persönliches Weltbild erschüttern würde. Daher müssen die Tatsachen irgendwie abgewertet werden. Sie müssen falsch oder nicht so wichtig sein und die Leute, die diese Tatsachen vorbringen, müssen irgendwie anrüchig sein.

Bei den Akademikern kommt noch etwas Weiteres hinzu. Sie nehmen in unserer Gesellschaft ja eine wichtige Rolle ein. Sie sollen der Gesellschaft Erkenntnisse verschaffen und die Welt erklären, sie sollen objektive Informationen zur gesellschaftlichen Gestaltung bereitstellen. Da sie diese Rolle einnehmen, müsste es eigentlich besonders ihre Aufgabe sein zu widersprechen, wenn wichtige Tatsachen verfälscht werden. Zur Ohnmacht kommt also auch noch eine besondere Verantwortung hinzu. Das wird den Drang, nichts von diesen beunruhigenden Tatsachen wissen zu wollen, noch einmal mehr verstärken.



Dr. Ansgar Schneider studierte Physik und promovierte in Mathematik. Er arbeitet als Wissenschaftler und Autor.

DIE FREIHEIT DER MUSIK

Die Münchner Journalistin und Streiterin für Demokratie Maria Pia de Vos hat die Musik der Demokratiebewegung auf dem neuen Album »Freiheitsliebe« versammelt. Die Liste der Musiker liest sich wie das Programm einer Großdemonstration.



Der Rapper »SchwrzVyce« und viele weitere Künstler sind auf dem neuen Album »Freiheitsliebe« zu hören.

Da sind SchwrzVyce & Giovanna Winderfeld, Yoki, Sam Moser, die Rapbellions, Morgaine, Sam und Anthony, NashA, Baba Rai, Alien's Best Friend, Impulsdrin, Rairda und viele andere. Oft wird über Frieden, Menschlichkeit und Zusammengehörigkeit gesungen, wobei die stilistische Bandbreite wie die der Demokratiebewegung sehr groß ist. Von Hip-Hop, RnB, Gitarren, über Massenchöre bis hin zu Harfenklängen. Mit den Klängen des Albums im Ohr lässt sich nur teilweise eine Polizeisperrung durchbrechen oder eine Behörde für die Bevölkerung in Besitz nehmen, aber wer auf dem Weg zu einem friedlichen Spaziergang ist, hat hier den perfekten Soundtrack, um sich einzugrooven. Oder hat die Songs, die er oder sie auf den unzähligen Demonstrationen gehört hat, auch für Zuhause oder die Autofahrt parat.

»Die Auswahl der Songs erfolgte aus dem Gefühl heraus, dass diese Zeit nicht nur ein hohes Maß an Kreativität befördert hat, sondern auch eine Antriebsfeder war und ist, die eigene Stimme zu erheben. Die Songs sind von der gemeinsamen Idee getragen, ein *Statement* für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde zu setzen«, so Maria Pia de Vos über das Album, auf dem sie Künstler aus Deutschland, Österreich und der Schweiz versammelt hat. Den Idealismus kauft man ihr ab. Seit Jahren ist sie in der Demokratiebewegung aktiv, klärt auf, schreibt Artikel, unter anderem für diese Wochenzeitung. Es steckt kein Großlabel hinter dem Album, es kommt, wie das Beste aus der Demokratiebewegung, einfach von den Leuten selbst. (hes)

Das Album kann bestellt werden als CD (14 Euro) oder, wer es körperlos bevorzugt, als MP3 (10 Euro) auf der Website freiheitsliebe.org.

State of the Union

Nachtgedanken über den Westen | Von Leo Löwenberg

Als der erste Irakkrieg geführt wird, wird auch eine neue Form des Journalismus eingeführt: der eingebettete. Journalisten reisten mit den Militärs, kriegten von diesen Informationen und berichteten so, was die Militär- und Landesführung hören wollten. Damals gab es dazu einen großen Aufschrei, vor allem in Europa, wo man sich diesen Praktiken der Amerikaner nicht anschließen wollte.

Die Coronazeit hat gezeigt, dass diese Form sich hinter unserem Rücken überall verbreitet hat. Es gibt eingebettete Wissenschaftler, eingebettete Mediziner, eingebettete NGOs und natürlich eingebettete Journalisten. Ihnen allen wurde von Staat, Regierung und Großkonzernen ein einfacher Karriereweg angeboten, samt Informationen. Das Einzige, was sie tun mussten, war es, nicht gegen die offiziellen Verlautbarungen zu widersprechen und gegebenenfalls in den Chor einzustimmen.

So kam es, dass die Organisation gegen den Welthunger Oxfam im Jahr 2020 festhielt, dass der Welthunger durch die staatlichen Maßnahmen unfassbar angestiegen sei, – zu der einfachen Schlussfolgerung, dass man die Verordnungen schon deshalb stoppen müsste, kamen sie nicht. Man will ja seinen Geldgebern nicht sagen, dass sie für millionenfachen Mord verantwortlich sind, da kommt dann nicht mehr viel rum.

Mediziner konnten aus ihrem Alltag sehen, dass es keine gemeingefährliche Seuche gab, die die alljährliche Grippewelle überstieg. Aber sie waren gut versorgt, durch immense Abrechnungssummen für PCR-Tests, Intensivbettenausgleiche und öffentliche Aufmerksamkeit. In Berlin wollten zwei Jungwissenschaftler den Nachweis gebracht haben, dass die Millionendemonstrationen in der Hauptstadt und dann in Leipzig über die dafür eingerichteten Buslinien den Virus in den Heimatregionen verbreitet und dort zu massenhaftem Sterben geführt hätten. Für ihr dahingeklatschtes Machwerk bekamen sie Aufmerksamkeit, Zitationen und sogar Erwähnung in der Bundespressekonferenz. Das ist mal ein Karriereweg.

Was machen unsere Berufsklugscheißer aus der Kunst eigentlich seit drei Jahren? Förderanträge schreiben? Wer interessiert sich für deren Kram eigentlich noch?

Immer noch wird die Spritze verabreicht, obwohl erwiesen ist, dass sie zu massiven Nebenwirkungen und zu massenhaftem Sterben führt. Wo sind die Korrekturinstanzen? Wo die *Checks-and-Balances*? Was macht eigentlich das Paul-Ehrlich-Institut? Sind sie alle gekauft, bestochen, unter Druck gesetzt?

Corona hat nicht gezeigt, dass der Westen schwach ist, was sich viele Chinafans gewünscht hätten. Es hat vielmehr gezeigt, dass der Westen seine eigenen Ideale aufgegeben hat: freie Meinungsäußerung, Kritik an allem und jeden, Wissenschaftlichkeit und ein feines Austarieren der Gewaltenteilung. Dezentralität war immer die Stärke der Demokratie. Was wir nun haben, ist die Fokussierung von Macht in den Händen von ein paar Geldgebern, sie nennen sich Stiftungen, und den Regierungen. Diese unheilige Allianz bezeichnen sie als »nachhaltig«. – Es ist an der Zeit, diesen Verbrechern und Mördern das Handwerk zu legen. Mit einer Entschuldigung wird es nicht getan sein.

WAS RECHT WÄRE

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter

Wir haben uns daran gewöhnt, dass Gesetze vom Parlament, das »Gesetzgeber« genannt wird, gemacht werden.

Jemand schreibt einen Text, der sagt, dass die Bürger dies und jenes zu tun die »Pflicht« hätten und dass die Bundesregierung zu diesem und jenem »ermächtigt« werde. Stimmt eine Mehrheit des Parlaments für den Text, dann wird dieser zum »Gesetz« erklärt. Wer danach den Vorschriften nicht gehorcht, wird, wenn ein Gericht dies feststellt, als »Straftäter« bezeichnet und behandelt. Angeblich soll es Beschränkungen darin geben, was das Parlament per »Gesetz« befehlen kann.

Das Grundgesetz nennt »Grundrechte«, deren Einhaltung vom Bundesverfassungsgericht überwacht werden soll. Eine kaum wirksame Beschränkung.

Außerdem soll angeblich die Regierung keinen Einfluss darauf haben, welche Gesetze der Bundestag macht. Doch von dieser »Gewaltenteilung« sieht man nicht viel. Der Staat macht die Gesetze und bestimmt und bezahlt die Richter. Das ist der Traum jedes totalitären Regimes.

Im Mittelalter hätte man – zu Recht, wie ich meine – so ein System nicht als Recht bezeichnet. (Dazu empfehle ich Fritz Kern: »Recht und Verfassung im Mittelalter«.) Recht wird nicht geschaffen, sondern gefunden. Der Staat kann kein Recht machen und das Recht nicht ändern. Wenn die Obrigkeit Recht verletzt oder ungerechte Vorschriften zu Recht zu machen versucht, dann ist es eines jeden Pflicht, Widerstand zu leisten und das verdunkelte gute alte Recht wiederherzustellen.

Johannes der Täufer und Jesus traten dem damals herrschenden System von Vorschriften entgegen. Sie nannten diejenigen, die Vorschriften machen, und diejenigen, die sich für gerecht halten, weil sie den Vorschriften gehorchen und weil sie einer bestimmten Abstammung waren, »Schlangenbrut« (Matthäus 3,7 und 12,34).

Sie riefen die Menschen zur Buße und leiteten die Menschen dazu an, das Gute zu erkennen und zu tun. Auch das gehört zum Advent.

Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter ist Philosoph und Theologe, er lebt mit seiner Familie im Fürstentum Liechtenstein. www.von-wachter.de



SPORT MIT BERTHOLD

DIE PERLENTAUCHER

Unser Gastgeber kommt aus einer der ältesten Familien des Landes Katars. Wir sind mit seinem Boot in See gestochen. Dazu gehörte auch eine Einführung ins *Pearl Diving*. Als Geschenk gab es eine traditionelle Kleidung für mich, die von den Perlentauchern getragen wird.

Die stimmungsvollsten Sportfans bei der Fußballweltmeisterschaft in Katar waren wohl bisher die mexikanischen. Insgesamt geht es in den Stadien manchmal eher übersichtlich zu, aber ich kann nicht zu allen Spielen und Stadien eine Einschätzung abgeben. Ich werde wohl ab den Halbfinalen die Spiele wieder live und im Stadion sehen.

Zum Spanienspiel: Die deutsche Mannschaft hat sich in der zweiten Halbzeit gesteigert und nach dem Gegentor gegen die Niederlage gestemmt. Der Ausgleich war daher nicht unverdient, obwohl die Spanier die bessere Spielanlage hatten. Unser Spiel in Ballbesitz muss besser werden, da es nicht viele Mannschaften wie Spanien gibt, die so hoch verteidigen. Gegen tief verteidigende Mannschaften wie Costa Rica benötigt die Mannschaft mehr Tempo und Bewegung, um Torchancen zu kreieren. Wenn diese DW-Ausgabe erschienen ist, werden wir wissen, ob die deutsche Elf das Achtelfinale erreicht hat und die Auftaktniederlage gegen Japan nur ein Ausrutscher war.



Traditionelle Kleidung der Perlentaucher: Britta Berthold mit katarischem Gastgeber (links im Bild) und Thomas Berthold im Taucherrock

Die Schweiz hat sich, nach dem 1:0-Auftaktsieg gegen Kamerun, gegen Brasilien achtbar geschlagen (0:1). Auch für die Schweizer hat sich im letzten Gruppenspiel gegen Serbien am Donnerstagabend die Achtelfinalteilnahme entschieden. Mehr zur WM und der Lage der Welt im großen DW-Interview in #DW115!

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

FRAGEN AN EINEN UNGEIMPFTEN

***Ein* FRAGENKATALOG *im Geiste Max Frischs der Journalistin* Dr. Christine Born**

In meinem Wohnviertel unterhält man sich noch. So traf ich vor einiger Zeit einen älteren Herrn in der kleinen Einkaufspassage bei der Gemüsehändlerin. Wir kamen auf das Thema Coronaimpfung zu sprechen. Er sagte ziemlich schnell zu mir: »Ja, da habe ich mich getäuscht und einen Fehler gemacht. Ich würde mich jetzt nicht mehr impfen lassen und lasse mich auf keinen Fall boostern.« Er erzählte mir, wie alles bei ihm abgelaufen war.

Nachdem wir uns verabschiedet hatten, fragte ich mich auf dem Heimweg, warum die Gespräche über die »Impfung« selten so klar, ehrlich und geradezu angenehm verlaufen. So schlicht, ohne Druck und ohne Groll. Warum die Wogen beim Impfthema immer noch so hochschlagen? Warum können die meisten Geimpften nicht so reagieren wie dieser Herr? Oder einfach sagen: »Ich bleibe dabei. Ich finde das Zeug gut und würde mich wieder impfen lassen.«

RECHTHABEREI AUF BEIDEN SEITEN?

Nein, so einfach geht das meist nicht. Es entstehen in diesen Impfgesprächen oft unnötige Verklammerungen, Wut, Genervtheit, ein komischer Sog und die Stimmen werden laut und schrill. Es entsteht eine giftig-gelbe mikrosoziale Konfliktsituation, in der sich unangenehme Gesprächsmuster Bahn brechen. Rechthaberei auf beiden Seiten? Interessieren sich die Geimpften wirklich für die Beweggründe der Menschen, die sich gegen die »Impfung« entschieden haben? Wie sehr haben sie ihre eigene Entscheidung reflektiert? Beschäftigen sie sich überhaupt noch mit dem Thema? Oder haben sie es einfach abgehakt? Deutlich höher ist das Interesse der »Ungeimpften« an ihren geimpften Mitmenschen. Man erzählt sich in der Zero-Injection-Community (dt. Null-Spritzen-Gemeinschaft) gegenseitig die Fälle von Nebenwirkungen, die man in seinem persönlichen Umkreis erlebt hat. Die Totgeburt im Bekanntenkreis, die graue Gesichtsfarbe und die Atemnot des Nachbarn, der Herzinfarkt des Hausmeisters, der plötzliche Tod eines Verwandten. Schlaganfälle, Herzinfarkte, Thrombosen und Turbokrebs machen die Runde. Man versucht, die Motive der Geimpften zu verstehen und zu analysieren. Man fragt sich, wie es weitergeht mit den Nebenwirkungen bei Bekannten und Verwandten. Nervös sieht man auf die Kurve mit der Übersterblichkeit. Man zerbricht sich regelrecht den Kopf über die Situation der Geimpften. Oder vielleicht sogar anstelle von ihnen? Der Fragenkatalog, der sich an die Geimpften richtet, wird immer länger. Könnte er helfen, den Dampf aus den Gesprächen zu nehmen?

FRAGEN AN GEIMPFTE

Haben Sie gemerkt, dass in der Corona-zeit massive Propaganda auf die Bevölkerung losgelassen wurde? Haben Sie die Überflutung mit Angst und Panik als bewusst gesteuert erlebt? Haben Sie sich überlegt, wer an der ganzen Masken-, Test- und Impf-Pandemie verdient? Davon profitiert?

Gab es in Ihnen Zweifel an der Injektion? Und welche waren das? Was sagte Ihre innere Stimme? Hatten Sie den Eindruck, die Impfung ist ordentlich getestet? Wie viel wussten Sie über die Injektionen? Wo haben Sie sich über die Injektionen informiert? Wie genau haben Sie sich informiert? Wie viele Stunden haben Sie sich informiert? Haben Sie mit anderen darüber gesprochen? Wussten Sie, dass es warnende Stimmen gibt? War Ihre Todesangst hoch? Und wie lange hielt sie sich auf diesem hohen Level? Wann fiel sie ab? Konnten Sie anderen Meinungen oder Warnungen zuhören? Oder fiel das Zuhören und Hinsehen schwer? Gab es in Ihnen wütende Impulse gegen Andersdenkende? Konnten Sie die anderen Meinungen stehen lassen? Haben Sie zum Beispiel Emails und Hinweise von anderen gelöscht ohne sie zu lesen? Haben Sie böse Pro-Impf-Emails an andere geschrieben? Haben Sie Freunde und Bekannte aus dem eigenen Leben ausgeschlossen oder durch häufige Vorwürfe zum Schweigen gebracht? Für den Rest Ihres Lebens? Wurde Druck auf Menschen in Ihrem Umfeld ausgeübt, sich ja impfen zu lassen? Welchen Impfdruck haben Sie selbst erlebt oder gemacht? Hätte es für Sie Auswege aus der »Impfung« gegeben? Fühlen oder fühlten Sie sich als Geimpfter moralisch überlegen oder besser informiert?

Waren Sie davon überzeugt, dass die »Impfung« vor Ansteckung schützt oder dass sie andere damit vor Ansteckung schützen können? Haben Sie Nebenwirkungen der »Impfung« von Anfang an für sich selbst einkalkuliert? Haben Sie gemerkt, dass die »Impfung« Nebenwirkungen hat? Gehen Sie den Informationen über Nebenwirkungen und Todesfällen nach? Haben Sie von der Übersterblichkeit seit Beginn der Impfkampagne gehört? Wissen Sie, welche Symptome und Krankheiten Nebenwirkungen anzeigen? Könnten Sie zugeben, wenn Sie sich nur wenig über die »Impfung« informiert haben?

Könnten Sie Ihre Meinung über die »Impfung« revidieren? Könnten Sie einräumen, dass Sie vielleicht zu gutgläubig waren? Schämen Sie sich heute, weil sie die »Impfung« mitgemacht haben? Schämen Sie sich, weil Sie andere zur »Impfung« gedrängt haben oder vorschnell über sie geurteilt haben? Sorgen Sie sich seit den »Impfungen« mehr um Ihre Gesundheit? Oder ist Ihnen das ganze Thema ziemlich egal? Lehnen Sie sich an das Schweigen der Mehrheit? Hoffen Sie, dass das Thema endlich in der Versenkung verschwindet?

Haben Sie mitbekommen, dass Menschen, die sich gegen die Impfung ausgesprochen haben, Schwierigkeiten bekommen haben? Dass sie ihre Arbeit oder Position verloren haben? Was halten Sie von der Beschimpfung und dem sozialen Ausschluss der Ungeimpften in den vergangenen Jahren? Halten Sie es für richtig, wenn Spitzenpolitiker bestimmte Gruppen mit Ausdrücken wie »Covidioten« und »Bekloppte« beschimpfen?

Und das ist nur ein kleiner Ausschnitt der Fragen, die Ungeimpfte an Geimpfte haben.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»EINER MUSS DEN FRIEDEN BEGINNEN, WIE DEN KRIEG.«
STEFAN ZWEIG

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*